

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 27. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zwei-zeilige) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 10 Pfg. monatlich 3.00 M., vierteljährlich 8.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Ein folgenschwerer Entschluß.

Am Sonntag haben die ausgesperrten Arbeiter der Berliner Elektrizitäts-Industrie es abgelehnt, auf ihre streikenden Brüder einen Druck dahingehend auszuüben, daß diese zur Arbeit zurückkehren mögen. Sie beschloßen vielmehr, den Streikenden die Entscheidung darüber zu lassen. Und am gestrigen Tage beschloßen die Streikenden mit überwältigender Majorität, den Kampf fortzusetzen.

Das war ein folgenschwerer Entschluß, der den Direktoren der in Betracht kommenden Gesellschaften so überraschend kam, daß sie bis zu der späten Stunde, in der wir diese Zeilen schreiben, über die weiter von ihnen zu ergreifenden Maßnahmen noch nichts verlauten zu lassen imstande waren, obgleich sie sonst eifrig die Presse durch das Wolffsche Bureau in ihrem Sinne inspierten.

Wird der Streik beigelegt und mit ihm die Aussperrung oder werden beide eine weitere Ausdehnung erfahren? Zehntausende Metallarbeiter und Hunderttausende anderer Berliner Arbeiter diskutierten seit Beginn der erneuten Verhandlungen immer wieder mit leidenschaftlichem Interesse diese Frage. Die „Führer“ taten alles, um die Sache beizulegen. Wie sie schon im ersten Stadium des Streiks empfohlen hatten, die Angebote der Direktionen anzunehmen, so taten sie dies nach der Verhandlung mit den Direktoren erneut. Die Direktionen selbst erhöhten ihr ursprüngliches Angebot und boten den Schraubendrehern statt der zunächst zugebilligten 5 Proz. 7 1/2 Proz. Lohnerhöhung für eine Anzahl Positionen, sie gestanden einen gewissen, wenn auch geringfügigen Einfluß bei der Festsetzung der Tarifpositionen zu, versprachen unbedingt, keinen der Streikenden oder Aussperrten zu maßregeln — und dennoch kamen die Streikenden zur Ablehnung der von der Direktion gemachten Vorschläge.

Die Frist, bis zu der die Streikenden den Direktoren Bescheid geben sollten über Annahme oder Ablehnung der von den Direktionen gestellten Bedingungen war zunächst auf Montagabend 6 Uhr festgesetzt. Da sich die Streikenden bis dahin noch nicht auf einen Beschluß geeinigt hatten, so wurde die Frist bis auf Dienstagmittag 12 Uhr verlängert. Aber erst um 1 Uhr konnte den Direktoren der Bescheid übermittelt werden, daß der Streik fortgesetzt werden soll. Von den Direktoren war angeblich um diese Zeit keiner im Bureau anwesend. Ein Syndikus der A. E. G. nahm den Bescheid entgegen.

Von den Lagerarbeitern haben 230 für Fortsetzung des Streiks und 40 für Beilegung desselben gestimmt. Von den Schraubendrehern erklärten sich 109 für und 45 gegen Fortsetzung des Streiks.

In der Versammlung der Schraubendreher herrschte die eifige Ruhe der Entschlossenheit. Die Diskussionsredner forderten meist ohne überlange Begründung auf, den Kampf ruhig auszufechten, „der doch einmal kommen müsse“ und den „Bremsern“ von der Verhandlung wurde ohne Umschweifen erklärt, daß all ihr Reden nicht imstande sei, der Bestimmung der Waffe eine andere Richtung zu geben. Beifalls- und Mißfallsbezeugungen fielen recht spärlich. Man wartete nur auf den Moment der Abstimmung, der alles entscheiden sollte. Das Resultat der Abstimmung allerdings, das ja auf Weiterstreiken lautete, wurde mit allgemeinem Jubel begrüßt. Dann aber zeigte sich auf neue in einem kleinen Zwischenfall der Geist der Disziplin, der diese Truppe beherrscht und sie deswegen auch für das Unternehmertum so gefährlich macht: Kaltblütig wurde von der Leitung der Versammlung angeordnet, daß niemand das Lokal zu verlassen habe, daß die Türen zu schließen seien, damit jede Gefahr einer Beeinflussung der noch immer beratenden Lagerarbeiter ausgeschlossen sei. Und die Menge, die eben so freudig den Beschluß zum Weiterstreiken begrüßt hatte, die dieses Resultat am liebsten jubelnd in alle Welt hinaus geschrien hätte, diese Menge stimmte der Anordnung der Streikleitung als selbstverständlich zu. Man unterdrückte gleichmäßig den Drang sich mitzuteilen und den, möglichst frühzeitig über das Resultat der anderen Versammlung unterrichtet zu sein.

In der beschließenden Versammlung der Lagerarbeiter vom Rabelwerk „Oberspree“ der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft herrschte anfangs eine ziemlich starke Unruhe. Es war unter den Streikenden das Gerücht verbreitet, die Organisationsleitungen beabsichtigten auf eine Wiederaufnahme der Arbeit zu den von den Direktionen gestellten Bedingungen hinzuwirken. Deshalb wurden gleich zu Beginn der Versammlung vielfach Rufe laut: „Aber nicht bremsen!“ Druns vom Fabrikarbeiterverbande hat die Anwesenden dringend, alle zu treffenden Maßnahmen in Ruhe und mit sachlicher Überlegung zu beraten. Eine Beeinflussung, wie es von den Kollegen gedacht werde, sei durchaus nicht zu erwarten. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden sei laut Beschluß der großen Sonntags-Versammlungen endgültig in die Hände der Streikenden gelegt, und davon könne naturgemäß nicht gerüttelt werden. Immerhin möge ein jeder recht reiflich überlegen, wie er zu stimmen gedenke. (Rufe: „Haben wir uns längst überlegt!“) Redner erklärte, in Anbetracht der ganzen Begleitumstände könnten ihm die Zugeständnisse der Direktionen wohl als akzeptabel erscheinen. (Widerspruch.) Das Streitobjekt sei seines Erachtens zu gering, um möglicherweise einen Riesenkampf heraufzu-

beschwören. (Rufe: Das gilt auch für die Direktionen!) In Anbetracht dessen, daß alle bisherigen Erfolge der Arbeiterbewegung auch nur schrittweise errungen seien, könne er nur wieder empfehlen, reiflich zu prüfen, ob die Streikenden sich für diesmal trotz der Verechtigung ihrer Forderungen und der Kleinlichkeit der Direktionen nicht dennoch mit den gemachten Zugeständnissen bis auf weiteres zufriedengeben wollen.

Während der Debatte sprachen sich nur Werner vom Transportarbeiter-Verband und ein Streikender für Annahme der Zugeständnisse aus, alle übrigen erklärten sich in mehr oder minder heftigen Ausführungen dagegen. Die Forderungen, so wurde gesagt, seien so minimal, daß sie von der Direktion mit Leichtigkeit bewilligt werden könnten, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden sei. Bei den an sich schon so niedrigen Löhnen sei die geforderte Zulage durchaus berechtigt, deswegen müsse auf der Lohnerhöhung bestanden werden, ganz gleich was auch kommen möge.

Wie war es möglich, daß so überwältigende Majoritäten sich für die Fortsetzung des Streikes finden konnten, wie war das möglich angesichts der Tatsache, daß die Führer und Ueberredner durch das Geschrei von den „Bremsern“ immer wieder die Annahme der von den Direktoren gemachten Zugeständnisse empfahlen, ungeachtet des immer wiederholten Hinweises darauf, daß in der Hand der wenigen hundert Streikenden das Wohl und Wehe von Tausenden und Abertausenden lag?

Die Erklärung ist die, daß es sich bei dem jetzigen Kampf nach dem Gefühl der Arbeiter gar nicht mehr um ein paar Pfennige mehr oder weniger Lohn handelt, sondern daß sich unter der Arbeitererschaft die Reaktion geltend macht gegen das ganze System der Unterdrückung und Ausbeutung, das sich an den Namen des Rühnemänner-Verbandes knüpft. Eine geistig und kulturell so hochstehende Arbeitererschaft, wie die Berliner Metallarbeiter es sind, kann diesen Druck der Knechtschaft und Bevormundung, wie er an ihr verübt wird, auf die Dauer einfach nicht ertragen; sie sträubt sich mit vollem Recht gegen die Art der Kontrolle, wie sie der Rühnemänner-Verband übt, gegen die Maßregelungsmethode an Mißliebigen und gegen das in den dem Verband angeschlossenen Betrieben herrschende System, jeden Einfluß der Arbeitererschaft auf Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschließen. Und die Herren Elektro-Magnaten sind gleich vom Fleische der Rühnemänner, handeln im Geiste derselben, wenn sie sich so mißliebige wie gesehen über die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse äußern, wenn sie deren Einfluß nach Möglichkeit zu beschränken sich bestreben.

Dazu kommt die Wirkung des Akkordlohnsystems. Die Direktoren haben nur scheinbar recht, wenn sie behaupten, die Arbeiter wären mit immer neuen Forderungen gekommen. In unseren Augen wäre ja auch das kein Vorwurf. Die Lagerarbeiter werden an sich schon so schlecht bezahlt, daß diese geringfügige Bezahlung ihnen ein Recht gäbe, Forderungen zu stellen. Aber auch die besser bezahlten Arbeiter der anderen Kategorien haben im Angesichte der herrschenden Teuerungsvhältnisse und die noch immer wachsenden Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse wohl einen Anspruch auf Erhöhung ihrer Löhne. Abgesehen davon fordert das allgemeine Kulturinteresse kategorisch Hebung des Lebensniveaus der Arbeitererschaft. Nun handelt es sich aber bei den Kämpfen der Akkordarbeiter zunächst in Wirklichkeit um gar keine Neuforderungen. Es herrscht das System bei der Akkordentlohnung, bei Festsetzung neuer Akkorde (und die Akkorde werden bei der leinsten Abänderung eines Modells als neue hingestellt) allmählich unter die für ähnliche Arbeiten gezahlten Löhne herunterzugehen. So werden also den Arbeitern, ohne daß die Form der Lohnabzüge klar zutage tritt, allmählich die Löhne gekürzt. Wenn dann schließlich die Wirkung dieser Akkordverringerung unerträglich wird, fordern die Arbeiter einen Prozentausschlag und das alte Spiel der Akkordberichtigung beginnt von neuem. Die Herren Unternehmer aber, unter deren Augen sich das alles abspielt, entziehen sich über die „immertwährenden Forderungen“ der Arbeitererschaft.

Auch die Eigentümlichkeit des Akkordlohnsystems, das es den Meistern und Vorarbeitern ermöglicht, nadensteife Arbeiter durch schlechte Akkorde zu strafen, die Heuchler und Kriecher durch gute Akkorde zu belohnen, erweckt viel Mißmut.

Daß der Mißmut mit diesen Verhältnissen nicht nur in den Reihen der Streikenden herrscht, sondern in gleicher Weise in denen der Aussperrten, daß beide Kategorien der am Kampf Beteiligten sich völlig einig sind in ihrer Auffassung der Situation, beweisen verschiedene Vorkommnisse. Gestern morgen verlangten die ausgesperrten Vertrauensleute der Lagerarbeiter, daß man sie bei der Abstimmung der Streikenden zugegen sein lasse. Sie wollten nicht, daß die Streikenden dem Einfluß der Gewerkschaftsleiter allein ausgehebt sein sollten und der Streik so, wie sie sich ausdrückten, hinter verschlossenen Türen „abgewürgt“ werde.

In den Nachmittagsversammlungen erwarteten die Anwesenden mit Spannung die Mitteilung über das Abstimmungsergebnis in den Vormittagsversammlungen der Streikenden. Als dann die Referenten berichteten, daß die Streikenden das Zugeständnis der Direktionen abgelehnt hatten, wurde diese Nachricht mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Es herrschte durchweg Kampfstimmung. Von Mund zu Mund hieß es: Kommen muß der Kampf doch einmal, dann je eher je lieber. Diese Stimmung äußerte sich auch öffentlich, als

die Referenten daran erinnerten, daß es jetzt an den Unternehmern sei, zu tun, was sie nicht lassen könnten. Cohen machte die Mitteilung, daß ihm ein Telegramm der englischen Maschinenbauer aus London zugegangen sei. Es wird darin gesagt, daß falls die Siemens-Schudert- resp. Siemens u. Halske-Werke die Aussperrung ausdehnen würden, dann die Arbeiter der Londoner Filiale dieser Firma bereit seien, zugunsten ihrer deutschen Kollegen sofort in den Solidaritätsstreik einzutreten. Diese Mitteilung wurde unter allgemeiner Begeisterung mit minutenlangem stürmischen Beifall aufgenommen.

Aber auch in Berlin regt sich die Arbeitererschaft zur Verbündung der Solidarität. Unter den Maschinenisten und Heizern der großen Kraft- und Lichtzentralen, die entweder den aussperrten Gesellschaften gehören oder ihnen eng liiert sind, gärt es. Die Leute wollen nicht ruhig mit ansehen, daß ihre Arbeitskollegen und Klassenossen vom Rühnemänner-Verband aus Anlaß völlig berechtigter und an sich unbedeutender Forderungen niedergeknüppelt werden. Die Maschinenisten und Heizer dieser Betriebe sind zu 99 Proz. organisiert und ihr nur mühsam zurückgehaltener Groll droht sich in einem Solidaritätsstreik zu äußern, der für das ganze öffentliche Leben Berlins von unberechenbaren Folgen sein kann. Wenn auch diese bisher nicht eingetreten sind, so werden doch die in Frage kommenden Kreise alle Ursache haben, auch diese Eventualität ins Auge zu fassen. Wir haben ja in Berlin auch ein Gewerbegericht, das bei wirtschaftlichen Kämpfen als Einigungsamt in Funktion tritt. Wenn es auch nach dem bisherigen Verlauf des Kampfes nicht den Anschein hat, als ob die Beteiligten Neigung verspüren, das Gewerbegericht anzurufen, so würden sich auf eine von der Leitung des Gerichtes ausgehende Anfrage trotz der vorhandenen Kampfstimmung beide Teile kaum weigern können, in Verhandlungen unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden einzutreten. Das Odium, eine Einigung mutwillig hintertrieben zu haben, dürfte keine von beiden Parteien gern auf sich nehmen.

Kommt es dennoch zum letzten und äußersten Kampf, dann dürfte allerdings die Arbeitererschaft entschlossen ihren Mann stehen. Und hinter den Berliner Metallarbeitern steht bei einem Kampfe gegen die Rühnemänner die Arbeitererschaft nicht nur Berlins, steht die ganz Deutschlands! Kraftvoll werden sie alle ihre Sympathie bekunden. Während vielleicht die Rauchwolken auf den turmhohen Effen der großen elektrischen Zentralen langsam dahinstehen, die Straßenbahnwagen, kraftlose, hüßlose Ungetüme, mitten auf der Straße ihre Fahrt einstellen, Maschinen und Fahrstühle stilliegen und das Licht erlöscht, werden die Arbeiter ganz Deutschlands für diesen Riesenkampf Munition sammeln. — Will das Scharfmachertum diesen Kampf und wagt es ihn?

Die Gegner über den Parteitag.

(Fortsetzung.)

Die nationalliberale Presse.

Auch in der nationalliberalen Presse findet sich kaum der Versuch, eines ernstlichen Versuchs, die Vorgänge auf dem Parteitage in ihrem Zusammenhange mit der allgemeinen Gestaltung der deutschen Politik zu prüfen und zu beurteilen. Auch in den „großen“ Blättern, welche im Tonfalle staatsmännischer Weisheit reden, kommt man nicht darüber hinaus, entweder die zunehmende Radikalisierung der Sozialdemokratie und die wachsende Gefahr der Revolution aus den Jenseits Verhandlungen herauszulassen oder — und diese Auffassungen wiegen vor — nach Momenten zu spähen, die darauf deuten sollen, daß trotz der Einnütigkeit aller wichtigen Beschlüsse des Parteitages die Sozialdemokratie von schweren inneren Krisen bedroht ist.

Unter den nationalliberalen Blättern, die in der Auslegung des Parteitages der konservativen Scharfmacherhege am nächsten stehen, ist die Münchener „Allgemeine Zeitung“ voran, deren Äußerungen größere Bedeutung zukommt, weil sie mit Berliner Regierungskreisen enge Beziehungen hat, womit nicht gesagt sein soll, daß auch der Artikel, der den Parteitag behandelt, offiziös inspiriert ist. Die „Allg. Ztg.“ leistet zunächst alle möglichen Darlegungen, daß die Sozialdemokratie längst alle Gristenberechtigung verloren habe, da sie für die Arbeiter nichts leiste; daß die Massenstreikresolution nur ein Verlegenheitsprodukt sei; daß ein Massenstreik unmöglich sei, weil die Gewerkschaftler keine Neigung dafür haben; alles, was Weibel gesagt habe, sei „ein buntes Durcheinander von unbewiesenen Behauptungen und agitatorischen Phrasen“ gewesen; Furcht und Besorgnis habe aus fast allen Reden geklungen. Nachdem so die Sozialdemokratie und der Parteitag der Nichtachtung aller Staatserhaltenden überliefert worden ist, gelangt die wunderbare Logik des Münchener Blattes zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie noch niemals sich so gefährlich gezeigt habe als jetzt:

„Hat so die Debatte bewiesen, daß sich die Führer der Sozialdemokratie in ihrer großen Mehrheit der Gefahren wohl bewusst sind, die ein politischer Massenstreik für sie selbst und die hinter ihnen stehenden Arbeiter in sich birgt, so geht doch aus der Art, wie sie das Problem behandelten, und aus der Tatsache, daß sie schließlich der Resolution Weibel zustimmten, mit hinreichender Deutlichkeit hervor, daß sie, wenn sie mit der Macht dazu hätten, jenes revolutionäre Kampfmittel wohl anzuwenden geneigt wären. Jedenfalls ist die Annahme der Resolution insofern von nicht zu unterschätzender Bedeutung, als in ihr eine erneute schärfere Betonung des revolutionären Charakters der

sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck kommt. Und weiter ist festgestellt, wie die Sozialdemokratie selbst die Wirkung der von ihr vertretenen Massenbewegung schon jetzt so hoch gespannt erachtet, daß sofort blutige Gewalttaten unausbleiblich eintreten, sobald nur die Masse erst einmal losgelassen ist. Führer der Sozialdemokratie, deren Revisionismus darin besteht, daß sie bei Leibe nicht zu fecht loschlagen wollen, geben das offen zu. Sie machen kein Geheimnis daraus, wie sehr die Agitation des Unluzes in Deutschland erregt hat und daß trotz der vielgerühmten Parteidisziplin schon der Versuch eines friedlichen Massenstreiks zu Gewalttätigkeiten und Straßenkämpfen führen müsse.

Eine deutlichere Warnung an die bürgerliche Gesellschaft, wie hier vom „sozialdemokratischen“ Jena, ist noch von keinem sozialdemokratischen Parteitag ergangen. Gerade jetzt, wo programmatisch der Unluz seinen moralischen Zusammenbruch zugehen möchte, wird er gefährlich. Auf ihn trifft jetzt zu, was die Geschichte von stumpelosen Regierungen schlecht verwalteter Staaten lehrt. Um inneren Unbequemlichkeiten zu entgehen und sich der Gefolgschaft fester zu versichern, versucht man es mit beständigsten Provokationen nach außen; im vorliegenden Fall mit den größtmöglichen Bedrohungen vor Staat und Gesellschaft und zwar in dem Maße, das allen Kulturstaaten der Welt in der Fürsorge für die arbeitenden Klassen voranzutreiben und im Begriffe steht, auf das Meistwert der Alters-, Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter die Fürsorge für ihre Witwen und Waisen zu setzen!

Es ist bei dieser Gelegenheit nicht unsere Aufgabe, alle Unrichtigkeiten des Gegners im einzelnen nachzuweisen. Wir zitieren lediglich, um unseren Parteigenossen ein Bild zu geben, wie die Feinde der Arbeiterklasse über die verhasste Tatsache des vortrefflich verlaufenden Parteitages hinwegtrachten.

Während das Münchener Blatt die „revolutionäre Gefahr“ betont, schlägt das erste Organ der Nationalliberalen, die „Aölnische Zeitung“, eine ganz andere Taktik ein. Während jenes Blatt die Arbeitermassen in einheitlichem Ansturm gegen den bürgerlichen Staat anrennen sieht, sieht die „Aölnische Zeitung“ nichts von Einheitlichkeit, sondern überall Zwiespalt in der Arbeiterbewegung. Während jenes Blatt die bürgerliche Gesellschaft in Gefahr sieht, sieht die „A. Ztg.“ die Sozialdemokratie in Gefahr, und zwar wegen der Gegensätze, die in ihr Klassen und in Jena nur mühselig verflechtet seien.

Die „Aöln. Ztg.“ schreibt über „Aöln und Jena“ und konstruiert die denkbar schärfsten Gegensätze zwischen Gewerkschaften und Partei, indem sie sich teils an Keuschenheiten hält, teils wirkliche Meinungsverschiedenheiten ins Maßlose karikiert. Sie führt aus:

„Auf dem Gewerkschaftskongresse wie auf dem Parteitage erfolgte eine grundsätzliche Stellungnahme: sie lief parallel, aber in entgegengesetzter Richtung. Ueber die Waisereier kam in Aöln zwar kein Beschluß zustande, aber die Aussprache ergab, daß eine erhebliche Mehrheit der Gewerkschaftler sie in ihrer bisherigen Form abschaffen will; in Jena wurde einstimmig der entgegengesetzte Beschluß gefaßt. Den Massenstreik verwarf eine nahezu einstimmige Kundgebung des Gewerkschaftskongresses; mit derselben überwältigenden Mehrheit hat der Parteitag ihn in das Arsenal seiner Kampfsmittel eingereiht. Die Verhandlungen über den Generalstreik hatte in Aöln der Berichterstatter der Generalkommission der Gewerkschaften mit der Erklärung eingeleitet, der Gewerkschaftskongress müsse zu der Frage jetzt Stellung nehmen, um nicht durch den Parteitag vor eine vollendete Tatsache gestellt zu werden, und in Jena hielten die Gewerkschaftsführer an ihrer Aölnischen Entscheidung fest. Dem Waisereierbeschluß des Parteitages in Jena hat zwar die Generalkommission ihre Zustimmung erteilt, aber in ihrem Namen wiederholte ihr Referent die Erklärung, die er schon in Aöln abgegeben hatte, daß das nur Geltung haben solle bis zum nächsten internationalen Kongress in Stuttgart und daß bis dahin die Partei zu einer anderen Stellung kommen müsse; diese Erklärung der Einigkeit als nur einer Art von Gottesfrieden wollte wieder der Berichterstatter der politischen Partei nicht gelten lassen.

Die Jenaer Beschlüsse können nicht wie sonstige Mehrheitsentscheidungen gewertet werden, denen sich die Minderheit fügt oder denen gegen die Minderheit Folge gegeben wird; denn ihre Durchföhrung ist ohne die Gewerkschaften und deren Führer haben keine Zweifel daran gelassen, daß sie in erster Linie die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses maßgebend sind. Daher hat der Gegensatz zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation der Arbeiterbewegung, der in Aöln bei den Fragen der Waisereier und des Massenstreiks zutage trat und den die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag bestätigt und noch mehr haben hervortreten lassen, auch eine unmittelbare praktische Bedeutung. Aber offenbar noch als in Aöln wurde auf dem Parteitag auch zum Ausdruck gebracht, daß sich der Gegensatz nicht lediglich auf die Auffassung über die Taktik und die Kampfsmittel beschränkt, sondern daß die Entfremdung zwischen den beiden Ausläufern der Arbeiterbewegung tiefer geht und das sozialdemokratische Glaubensbekenntnis selbst in Frage steht.

Wenn aber die Gegensätze so außerordentlich tiefe sind, wie konnte es geschehen, daß der Parteitag gleichwohl, statt in Streit und Uneinigkeit auseinanderzuliegen, die Vertreter der politischen und der gewerkschaftlichen Tätigkeit in allem Wesentlichen einig und damit gleicherweise kampfbereit gegen den gemeinsamen Feind zeigte? Und diesem tollen Widerspruch versucht die „Aöln. Ztg.“ sich zu retten, indem sie die Wirkungen der angeblich unüberbrückbaren Gegensätze als gegenwärtig latent, aber für die Zukunft um so stärker und bedrohlicher ausmalt:

Nur aus diesem tiefen und grundsätzlichen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft ist die Inzenerierung des Jenaer Parteitages zu erklären. Mit der Wahl der beiden Themata Waisereier und Massenstreik hatte die Parteileitung die innere Krankheit im Organismus des Parteikörpers schon offen zugegeben; diese beiden Themata ließen sich gar nicht behandeln, ohne daß man den wunden Punkt berührt und die anwesenden Gewerkschaftsführer zur Rechenschaft über die Aölnischen Reden und Beschlüsse gezogen hätte. Eben dies aber wollte offenbar die Parteileitung. Sie wußte, daß sie jetzt noch keinen offenen Abfall der Gewerkschaften zu befürchten hatte, darum wollte sie die Dinge auf die Spitze treiben und die Gewerkschaftsvertreter auf eine Richtung festlegen, die zwar dem tatsächlichen Interesse der Gewerkschaften am letzten Schlußstrich gegenüber, dafür aber die Einheitlichkeit zwischen Partei und Gewerkschaft und das Übergewicht der politischen Interessen über die gewerkschaftlichen sicherstellte. Das war der eigentliche Zweck jener Resolutionen, die in eben dem Maße, in welchem die Gewerkschaftsführer noch mitmachen konnten, ohne sich gänzlich selbst zu verweigern, eine größere Radikalisierung der Partei durch Waisereier und Massenstreik fördern. Katholisch glaubten auch die Vertreter der Gewerkschaften das Interesse der Jünger im gegenwärtigen Augenblick am besten wahrzunehmen, wenn sie jene Resolutionen anstießen und also die Einheitlichkeit zwischen Partei und Gewerkschaft über die wahren gewerkschaftlichen Interessen setzten. Aber die sie sich sonst so wohl unterrichtet zeigten. Denn jener Gegensatz zwischen dem politischen Interesse des Sozialdemokraten und dem materiellen Standesinteresse des Gewerkschaftlers ist durch den Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft keineswegs rein wiedergegeben. So gut wie es unter den politischen Führern der Partei Anhänger einer gewerkschaftlichen Richtungslosigkeit gibt — sie sind bekanntlich meist unter den Revisionisten zu finden —, so gut gibt es in der Gewerkschaftsbewegung allerlei radikal gerichtete untreue junge Elemente, die sich nur durch den Brandvorteil Sozialismus Weisheit der Führung bei der Föhne der Bewegung halten lassen. Die Gewerkschaftsführer wissen aber weiter sehr genau, daß heute für sie gegenüber den immer stärker werdenden Revisionisten der Arbeitgeber die Einigkeit in ihren Reihen geradezu eine Lebensfrage für die Bewegung ist; sonst würde z. B. auch das Verhältnis

der sozialdemokratischen zu den christlichen Gewerkschaften in manchen Fällen ein den politischen Grundsätzen der Partei mehr entsprechendes, d. h. ein mehr gegensätzliches gewesen sein. Die Interessen der Gewerkschaften verlangten also ebenso wie die der Partei eine Verschiebung der vorhandenen Gegensätze; darum mußten die Verhandlungen in Jena mit dem Siege der radikalen Richtung enden.

Der Vorkühner dieser Richtung war Bebel. Er hat in einer vierstündigen Rede die Radikalisierung der Partei eingeleitet, und die bürgerlichen Blätter konnten ihm keinen größeren Gefallen tun, als wenn sie seine revolutionären Herausforderungen und stellenweise an Wahnsinn grenzenden Extravaganzen für bare Münze nähmen und durch den Ruf nach ähnlichen Gegenmaßnahmen ihm Hülfe, die Genossen in den Radikalismus hineinzutreiben, den er ihnen im Interesse der Einheitlichkeit der Partei gerne beibringen möchte. Aber Bebel kämpft auf einem verlorenen Posten; er stellt ein Zeitalter der Partei dar, das unvordenklich dahin ist und durch alle tatsächlichen Gesichtspunkte des Augenblicks nicht mehr zu seiner alten Herrlichkeit aufzuwecken werden kann. Ihm, der die alte Zeit in seiner Person verkörpert, gelingt es noch, die Massen zu einem politischen Traum zu begeistern, der, in die Wirklichkeit übertragen, den Zusammenbruch ihrer Existenz bedeuten würde. Wie lange aber noch, und die nächstern, gesunde Wirklichkeit findet keine romantischen Gegner mehr, sie bringt siegreich in die Kämpfe der Arbeiterklasse ein, und alle schönen Resolutionen vergehen vor ihr wie Seifenblasen?

Es ist kaum nötig zu sagen, daß die Ausführungen der „Aöln. Zeitung“ auf der Fiktion beruhen, daß die „wahren Interessen“ der Gewerkschaften den Interessen der Sozialdemokratie schmerzhaft zuwiderlaufen. Diese phantastische Annahme, die aus dem Bedürfnis der Selbsttäuschung über den Fortschritt der Arbeiterbewegung entspringt, führt zu einer völlig irigen Beurteilung der wirklichen Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften, die nicht Differenzen der Interessen innerhalb der Arbeiterklasse, sondern lediglich Differenzen der Arbeitsteilung zwischen politischer Partei und Gewerkschaftsorganisationen sind, die daher durch gegenseitige Verständigung und Klärung der beiden Gliedern der Arbeiterbewegung notwendigen Kampfstaktik überwunden werden. Um aber jene Annahme, daß die Gewerkschaften ganz andere „wahre Interessen“ haben als die Partei, mit den Tatsachen des Parteitages in Einklang zu bringen, muß dem Verfasser des Aölnischen Artikels sich in die weitere Phantasie verstreuen, daß die Gewerkschaftsführer nur deshalb und nur vorläufig dem politischen Radikalismus nachgeben, weil sie jetzt noch mit den starken Arbeitgeberkoalitionen rechnen und darum Einigkeit unter der Arbeiterklasse haben müssen. Nachdem also höchst kunstvoll konstruiert ist, warum die Gewerkschaftsführer die „wahren Interessen“ der Gewerkschaften der jetzt nötigen Einigkeit opfern müßten, geht die Betrachtung in einen nun vollends visionären Ausblick in die bessere Zukunft aus: noch herrsche Bebel mit seinem Extravaganzen und seinem Wahnsinn, aber — er kämpft auf einem verlorenen Posten“. Wunderbar, höchst wunderbar! Der „Siege der radikalen Richtung“, dessen Notwendigkeit die „A. Z.“ soeben bewies, verwandelt sich plötzlich in einen verlorenen Posten und eine ganz andere Zukunft ist schon nahe, in der die Gewerkschaften ihre „wahren Interessen“ erkennen, von der politischen Partei und ihren Träumen sich abkehren, und zu der „nächstern gefunden Wirklichkeit“ sich bekehren! Und noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf!

Wieder eine andere Nuance der liberalen Auffassungen zeigt sich im „Berliner Börsen-Courier“:

„Das Hauptthema war der politische Massenstreik. Hat früher die Sozialdemokratie zuwollen geglaubt, sie könnte in kurzer Zeit die politische Macht erobern, so hat sie neuerdings eingesehen, daß sie diesem Ziele noch weitestens ist. Tatsächlich hat ihr der große Wahlsieg von 1903 gar nichts genutzt. Ja, im neuen Reichstag ist sie ohnmächtiger als zuvor, und kann ebensowenig, wie der bürgerliche Liberalismus, der reaktionären Strömung, die ja unerfreulich genug ist, Halt gebieten. Anstatt aber zu untersuchen, wie man auf normalem Wege einen Umschwung erzielen kann, begibt sich die Sozialdemokratie auf den Kriegspfad und will der bürgerlichen Gesellschaft Föhne ansetzen, wenn sie etwa das Reichstagswahlrecht verschlechtern sollte. Dabei betont Bebel selbst, daß die Arbeiterorganisationen heute noch längst nicht stark genug sind, um die wirtschaftliche Maschinenrie in erheblichem Maße zum Stillstand zu bringen. Wühling aber ein solcher Generalstreik, so ist die Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte zurückgeworfen. Daß die Reaktionäre sich durch sozialdemokratische Drohungen, hinter denen keine festgefahrene Macht steht, einschüchtern lassen, ist ausgeschlossen.

Den Genossen aber ein falsches Kräftegefühl einzuföhnen, ist ebenso verkehrt. Durch das ganze Generalkongressgerede wird die Arbeiterklasse nur davon abgelenkt, daß unter der heutigen Staatsverfassung der einzig mögliche Weg zur politischen Macht der ist, in den bestehenden Volksvertretungen, die die Aören zur Macht sind, Einfluß zu gewinnen. Mag das auch für die Sozialdemokratie schwer sein, es ist nicht unmöglich. Freilich darf die Sozialdemokratie dann nicht alles, was außerhalb ihrer liegt, eine „einzige reaktionäre Waffe“ scheitern und Kompromisse verschmähen. Im Bürgertum gibt es genügend Kreise, die ein Verständnis dafür haben, daß ein großes Volk, das Weltmarkt treiben und den Weltmarkt erobern will, auch eine Arbeiterklasse braucht, die selbstbewußt und freisinnig sein muß, wenn sie etwas leisten und selbstständig Anteil nehmen soll an den Geschicken des Vaterlandes. Mögen auch Arbeiter mit starken Rechten schwerer zu behandeln sein als rechtlose Lohnsklaven, ein moderner Staat braucht sie. Durch trogige revolutionäre Tiraden aber und dadurch, daß die Sozialdemokratie ins Horn stöhnt, werden die freisinnigen Kreise des Bürgertums nicht gewonnen.

Vorläufig hat der Jenaer Parteitag gezeigt, daß die Sozialdemokratie noch sehr stark lernen muß sich umzubringen, ehe sie die richtige Operationsbasis innerhalb des politischen Lebens des deutschen Volkes gewinnt. Hoffentlich erschauern ihr die regierenden Kreise diese Möglichkeit nicht durch törichtes Draufgängertum.

Wir zitieren auch den „V. D. C.“ ausführlicher, obgleich er nicht eine irgendwie stärkere Parteigruppe hinter sich hat; aber Auffassungen, wie er sie äußert, sind nicht wenig verbreitet in allerlei Kreisen, die „es gut meinen“ mit der Sozialdemokratie. Die Resolutionen des Blattes beruhen teils auf ganz falschen Auffassungen vom Kam der Sozialdemokratie, teils sind sie wohlfeil, daß wir ihrer wahrlich nicht erst bedürften. Wer vorurteillos die Verhandlungen in Jena verfolgt und ihren gesamten Vortrag ermit, kann nicht unterstellen, die Sozialdemokratie führe der Arbeiterklasse ein falsches Kräftegefühl ein, und er kann nicht behaupten, das „Generalkongressgerede“ lenke die Arbeiterklasse von der richtigen Bewertung der Volksvertretungen ab. Das Gegenteil dessen, was und da vorgelesen wird, taten wir in Jena. Nicht aus Ueberehrung unserer Kraft haben wir den politischen Massenstreik erörtert und in unsere Kampfmittel ausdrücklich eingereiht, wir haben dies vielmehr getan, weil wir die Kraft der brutalen Reaktion richtig einschätzen und die Notwendigkeit erkennen, unsere bisherigen nicht genügenden Kampfmittel zu verstärken. Wir beansuchen nicht die Arbeiterklasse im „falschen Kräftegefühl“, sondern zeigen die Gefahren an, die ihr drohen und zu deren Abwehr sie mit allem Nachdruck sich vorbereiten muß. Ebensovienig lenken wir ab von der Bedeutung der Volksvertretungen, umgekehrt haben wir ihre unerföhliche Bedeutung niemals stärker betont als indem wir die Anwendung des allgemeinen Streiks ins Auge fassen zum Zwecke der Erhaltung der politischen Grundrechte.

Wenn aber das liberale Blatt uns auffordert, wie sollen eher unterzuchen, wie man auf normalem Wege einen Umschwung erzielen kann“, anstatt den Kriegspfad zu betreten und gegen Wahlrechtsverschlechterung zu rufen, so ist das, wie bemerkt, ein äußerst wohlfeiler Ratsschlag. Vielleicht verrät uns der „V. D. C.“, wie nach seiner Ansicht die politischen Rechte gegen jede Gefahr gesichert werden können und wie „auf normalem Wege“ ein freisinniger Umschwung in Deutschland möglich ist? Hat denn das Bürgertum irgend etwas getan, um dem deutschen Arbeiter „starke Rechte“ zu geben? Hat nicht vielmehr das Bürgertum selbst in Sachsen, Hamburg, Lübeck selbst die schwachen Rechte die Arbeiter vernichtet? Auf dieses Bürgertum sollte die Arbeiterklasse irgendwie vertrauen? Sie wäre tollends verraten und verloren!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. September.

Der russische Minister für Westeuropa.

Herr v. Witte, ist auf seiner Weltreise jetzt in Berlin eingetroffen. Er hatte eine Unterredung mit dem Fürsten Bülow und hat sich sodann zum Kaiser nach Rominten begeben. Es wird auch mitgeteilt, daß der Chef des Hauses Mendelssohn zu den Konferenzen herangezogen worden ist, während der von der Reichsregierung geachtete altzu offenerzigste Kenner der russischen Finanzen Martin anscheinend nicht bemächtigt wurde.

Die Anwesenheit des deutschen Bankiers für russische Anleihen deutet darauf hin, daß der Besuch des Herrn v. Witte, den sich der Zarismus als Minister für die Bedürfnisse abvisierter Länder hält, in erster Linie durch die russische Geldnot zu erklären ist. Die europäischen Bankjuden bemühen sich eifrig darum, dem Zarismus Geld zu verschaffen, damit er sein Gesindel für die Niedererschlagung der Juden besolden könne. Indessen manche Anzeichen deuten nicht nur auf finanzielle Aktionen hin, die Erscheinungen mehrten sich, daß die unwürdige Intimität Deutschlands mit dem Zarismus seit dem Friedensschluß in bedrohlicher Weise sich wieder gesteigert hat. Was Rußland auf den Schlachtfeldern verlor, will es am Spieltische der Diplomatie wieder gewinnen. Und die Solidarität der reaktionären Interessen, die namentlich die deutsche und die russische Monarchie seit jeher verbindet, wird ausgebeutet, um die Verluste Rußlands zu ersetzen.

Nachdem der äußere Feind des Zarismus Frieden geschlossen, wird alle Kraft offenbar wider den inneren Feind, die Träger des Freiheitskampfes vereinigt. Es ist möglich, daß Deutschland auch gegen das Vordringen Japans sich, wie schon seinerzeit im japanisch-chinesischen Kriege, mit Rußland verbündet. Sicher aber ist, daß die deutsche Regierung sich mit Rußland eins füßt in der Aufrechterhaltung des Absolutismus. Nicht nur aus reaktionärem Interesse gegen alles was Freiheit und Kultur heißt, denkt das offizielle Deutschland russisch, sondern insbesondere auch die „polnische Gefahr“ schmiedet den regierenden Ausschuh des Junkertums und der deutschen Feudalindustrie mit dem Zarismus zusammen. Wie die russischen Junker in den Distrikprovinzen die wildesten Anhänger der Zarenbarbarei sind, so sind auch die herrschenden Klassen Deutschlands russischer, als selbst die russische Bourgeoisie und der russische Adel.

Das deutsche Proletariat widersteht sich dieser gemeingefährlichen Freundschaft der deutschen Reaktion mit dem russischen Absolutismus, der, vor dem wehrhaften Feinde zusammengebrochen, über wehrlose Frauen und Kinder Triumphe feiert, und es erwartet, daß das russische Volk die russischen Freunde der deutschen Reaktion so gründlich besiegt, daß in absehbarer Zukunft das deutsche Proletariat sich mit dem befreiten Rußland verbünden kann.

Herr v. Witte ist in Berlin für alle, die den großen Kulturkampf der russischen Revolution mit leidenschaftlichem Interesse begrüßen, ein verachteter und gehäßter Gast, wie immer er sich nach der Mode westeuropäischer Zivilisation kleiden mag. Er ist aber zugleich ein Räuber für das nationale Proletariat, die schweren Gefahren zu erkennen und zu bekämpfen, die sich aus den Verschöndungen der internationalen Lage gegenwärtig ergeben. Während man uns mit Frankreich und England verheßt, sollen wir den Bruderkuß mit den Verbrechern des Jaren tauschen. Das deutsche Proletariat weigert sich dieser Schande, es will nicht, daß Europa kosakisch werde.

Gautsch über die österreichisch-ungarische Lage.

Die Verfassung des österreichischen Reichsrats wurde heute eröffnet. Wie zu erwarten war, kam es während der Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten Gautsch zu stürmischen Szenen. Als Reichsrat Gautsch den Saal betrat, ertönten von der Galerie Rufe: „Nieder mit Gautsch!“ Nach Erledigung des Einlaufes will Gautsch sprechen, doch die Sozialdemokraten brechen in laut, minutenlange dauernde „P sui“ Rufe aus. Der Lärm und die „P sui“ Rufe pflanzen sich auf der ganzen Galerie fort. Die Sozialdemokraten rufen: „Nieder mit der Kamarilla! Unterdrückung!“

Erst nach einiger Zeit kann sich der Ministerpräsident verständlich machen. Er stellt zunächst die neuen Leiter des Unterrichts- und des Handelsministeriums vor und bespricht dann das Verhältnis zu Ungarn. Er erinnert an die bei seinem Amtsantritt abgegebene Erklärung, daß die Regierung bereit sei, für die lokale Durchführung der mit Ungarn getroffenen Vereinbarungen jederzeit einzustehen. Selbstverständlich müsse aber die österreichische Regierung auch auf vorbehaltloser Durchführung dieser Vereinbarungen seitens Ungarns bestehen. Insbesondere verlange die Regierung die Fortsetzung und rechtzeitige Beendigung der Handelsvertragsaktion.

Der Ministerpräsident erklärt ausdrücklich, daß die Regierung hierfür von ihrem Standpunkte irgend eine Konzession nicht gewähren könne; sie sei jedoch jederzeit bereit, hinsichtlich der die wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse zu Ungarn beherrschenden Fragen eine Revision der 67er Gesetzgebung unter den von der Krone zunächst ausgesprochenen Vorbehalten und auf dem von der Krone bezeichneten Wege zuzugreifen. Sollte bedauerlicherweise Ungarn bezüglich der Durchführung der Handelsverträge der Auffassung der österreichischen Regierung nicht zustimmen, wobei für die Regierung kein anderer Termin als der 1. März 1906 bestche, so würde die Regierung die österreichischen Interessen zu schützen wissen und rechtzeitig dem Hause die betreffenden Vorlagen unterbreiten.

Für den Fall, daß verfassungsmäßige Delegationsbeschlüsse nicht rechtzeitig zustande kämen, werde die Regierung in der nächsten Sitzung dem Hause eine Gesetzesvorlage betreffend die Beitragsleistung zum gemeinsamen Staatshaushalte unterbreiten.

Der Ministerpräsident gibt hierauf ein Bild des gegenwärtigen Standes der handelspolitischen Aktion und konstatiert, daß die Auswechslung der Roderundlisten mit Bulgarien, Rußland, des

Schweiz und Serbien behufs Einleitung der mündlichen Verhandlungen stattgefunden habe; hierbei werde gebührend auf die Interessen der eigenen Produktion, namentlich in der Landwirtschaft und des Handels und des Verkehrs Rücksicht genommen werden; die mündlichen Verhandlungen mit der Schweiz, Russland und Bulgarien würden am 12. Oktober beginnen, und nach ihrer Erledigung würden sich die Verhandlungen mit den anderen Staaten anschließen.

Auf die Frage, die in der jüngsten Zeit die Öffentlichkeit in hohem Maße erregt und zu überaus heftigen Angriffen gegen die Person des Ministerpräsidenten geführt hat, nämlich auf die Frage des allgemeinen Stimmrechts in Ungarn abgehend (Anhaltender Lärm; Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten), konstatiert der Ministerpräsident, daß die über seine Haltung in dieser Frage in die Öffentlichkeit gedruckten Mitteilungen nach der Natur der Sache keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben könnten (fortgesetzte Zwischenrufe) und tatsächlich auch in der veröffentlichten Form unrichtig seien. (Anhaltende Zwischenrufe: Warum haben Sie nicht früher gesprochen?) Er müsse übrigens die ihm von der Öffentlichkeit zugeschriebene entscheidende Einwirkung auf die Frage des allgemeinen Stimmrechts in Ungarn bestreiten. (Lebhafter Lärm.) Der Ministerpräsident erklärt weiter, er halte selbstverständlich nach wie vor unbedingt an dem Grundsatz fest, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Ungarns einzumischen, gleichwie er sich dagegen zu wahren habe, daß seitens Ungarns in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs in irgend einer Richtung eingegriffen würde. (Lebhafter Beifall und Zwischenrufe.) Das hindere aber nicht, daß sich eine Situation ergeben könne, in der die Stimme des österreichischen Ministerpräsidenten gehört werden müsse und gehört werden würde. In solchen Situationen, wo es sich um große ihm anvertraute Interessen handle, sei der Ministerpräsident sich zu äußern berechtigt und verpflichtet, und dieses Recht würde er sich von niemand verkümmern lassen. (Lebhafter Beifall.) Aus diesen Darlegungen gehe hervor, daß die Frage der Erweiterung des Wahlrechts in Ungarn eine Angelegenheit sei, über die er als Ministerpräsident hier weder sprechen könne noch dürfe; er stehe aber nicht an, sich rückhaltlos über seine Haltung zum allgemeinen Stimmrecht in Oesterreich zu äußern.

Er sei durchaus kein grundsätzlicher Gegner der Erweiterung des Wahlrechts auf breiterer Grundlage, er sei wiederholt für dieselbe eingetreten; aber gerade in Oesterreich ständen einer so weittragenden Reform mit Rücksicht darauf Schwierigkeiten entgegen, daß ein allgemeines Wahlrecht, wenn es die Gewähr seines Bestehens in sich tragen solle, nur auf der festen, dauernden Unterlage einer Ordnung der nationalen Verhältnisse beruhen könne. (Anhaltende Zwischenrufe.) Alles aber, was hier geschehe, müsse auf dem verfassungsmäßigen Wege geschehen; denn auf verfassungsmäßiger Grundlage beruhten alle staatsrechtlichen Einrichtungen in Oesterreich. Jede gewaltsame Unterbrechung der legalen Entwicklung erschütterte das Rechtsbewußtsein und die Rechtssicherheit auf Generationen hinaus. (Anhaltende, lärmende Zwischenrufe.) Der Ministerpräsident erinnert an die wiederholt abgegebene Erklärung, daß die Regierung im geeigneten Zeitpunkt ein Sprachengesetz einbringen werde und erklärt, die Regierung werde dieses Versprechen einzufüllen wissen. Auf die Frage der Eisenbahnverstaatlichung übergehend, stellt der Ministerpräsident fest, daß die diesbezüglichen Studien fortgesetzt werden und daß an die betreffenden Bahnen dahingehende Einladungen ergangen seien. Als Ziel schwebte der Regierung eine Organisation vor, die geeignet sei, die vielgestaltigen Bedürfnisse des Verkehrs vollkommen zu befriedigen, aber auch den Rücksichten nationalpolitischer Natur Rechnung zu tragen. Der Ministerpräsident schließt: Wir gehen vielleicht schwierigen Zeiten entgegen. Solche Zeiten stellen die größten Anforderungen an die Regierung und die Volksvertretung. Der Ministerpräsident appelliert an das Haus, deshalb jetzt möglichst die Parteigegensätze zurückzustellen, wodurch dem Vaterlande, den verfassungsmäßigen Einrichtungen Oesterreichs und dem Volke am besten gedient werde. Die Regierung werde ihre Pflicht tun. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Der Ministerpräsident wird beglückwünscht. (Wiederholender Lärm bei den Sozialdemokraten.) Auf Antrag Groß wird beschlossen, sofort die Debatte über die Erklärung der Regierung zu eröffnen. Hierauf legt der Finanzminister das Budget mit einem Epilog vor.

Nach Verlesung des umfangreichen Einlaufs beginnt das Haus sodann die Debatte über die Regierungserklärung. Abg. Graf Sternberg greift heftig die Sozialdemokraten an, deren Verhalten im Hause sie nicht als Gesetzgeber geeignet erscheinen lasse und fragt darauf den Ministerpräsidenten, warum er nicht gleich die Gerichte betreffs seines Eingreifens in die Wahlrechtsfrage dementiert habe; er rühmt ferner das Verhalten des Barons Fejerbach und spricht die Befürchtung aus, daß die Revision des Ausgleichs die Zerstörung des bestehenden Gebäudes bedeuten würde. Damit wird die Verhandlung abgebrochen. Nächste Sitzung morgen.

Deutsches Reich.

Zur Essener Stichwahl. Die nationalen „Kulturkämpfer“ finden sich wieder brüderlich mit den „antinationalen Könnlingen“ vom Zentrum zusammen. Man wird gegen die Sozialdemokratie stimmen, und man verhält sich wie die Abspitzer. Zwar stellen die Nationalen es jedem frei, wie er wählen will, man verlangt aber, daß ihr „Gewissen“ es gebietet, nicht sozialdemokratisch zu wählen.

Aus Essen wird am 29. September geschrieben: Gestern Abend fand eine Sitzung des erweiterten Ausschusses des „Nationalen Wahlvereins“ statt, zu der sich etwa 150 Personen eingefunden hatten. Seitens des Vorstandes wurde nachfolgender Antrag vorgelegt:

„Nach dem für uns ergebnislosen Ausgang der Wahl glauben wir, es jeden Nationalen anheimzustellen zu müssen, ob er von seinem Wahlrecht Gebrauch machen will oder nicht.“

Wir sprechen aber die zuverlässigste Hoffnung aus, daß derjenige Nationale, der sich an der Stichwahl beteiligt, seine Stimme nicht dem Kandidaten der Sozialdemokratie gibt.“

Auf Antrag aus der Versammlung wurde über beide Teile dieses Antrages gesondert abgestimmt. Der erste Absatz wurde nahezu einstimmig angenommen. Mehrere Redner sprachen sich mit großer Entschiedenheit gegen den zweiten Teil des Antrages aus. Die dann erfolgende Abstimmung hatte ein zweifelhaftes Resultat, weshalb unter großer Unruhe nochmals abgestimmt werden mußte. Bei der Stimmen-Auszählung ergab sich dann, daß 50 Herren gegen und nur 60 für den zweiten Teil waren, der somit abgelehnt worden war. Dieses Resultat zeitigte wiederum große Unruhe. Einer der Versammlungsteilnehmer begab sich plötzlich zum Vorstandstisch und erklärte dem Vorsitzenden etwas, wozu dieser erklärte, es sei ihm mitgeteilt worden, daß sich Leute eingeschlichen hätten, die nicht Vertrauensmänner seien und also auch nicht stimmberechtigt gewesen wären. Unter großer Unruhe vertiefte daraufhin einige der Anwesenden den Saal. Aus der Versammlung heraus wurde dann beantragt, den zweiten Teil des Vorstandsantrages wie folgt zu modifizieren:

Wir sprechen aber die Hoffnung aus, daß derjenige Nationale, der sich an der Wahl beteiligt, so wählt, daß er es mit seinem Gewissen vereinbaren kann.“

Unter lebhaftem Widerspruch und Tumult wurde nun nochmals abgestimmt, wobei die abgeänderte Fassung mit knapper Majorität zur Annahme gelangte. Unter lebhaftem Tumult ging dann die Versammlung auseinander.

Auch die Christlichsozialen, ebenfalls „fanatische“ Gegner des Ultramontanismus, haben die Lösung: für das Zentrum gegen die Sozialdemokratie ausgegeben. So enthält sich der alle bürgerlichen Unterschiede und „Ideale“ auswischende Klassenkampf wieder in seiner ganzen Schärfe.

Die Sozialdemokratie hat bei der Wahl keine andere Aufgabe als die Proletarier zu gewinnen, die trotz der Klassenzugehörigkeit noch ihren Ausbeutern und Verführern folgen.

Die Kölner Polizei gegen Domela Nieuwenhuis.

Man schreibt uns aus Köln: Gegen die am Freitag von dem Amtsgericht Köln gegen Nieuwenhuis beschlossene Haft hat Rechtsanwalt E. Schrammer, der nummehrige Rechtsbeistand des Verhafteten, Einspruch erhoben. Darauf hat das Landgericht am Montag erklärt, daß die gegen Nieuwenhuis im Jahre 1890 erlassene Verfügung der Polizeibehörde in Bielefeld, die auf Ausweisung lautet, heute noch zu Recht bestehe. Das Landgericht hat die Inhaftnahme für berechtigt erklärt, weil der Angeklagte Ausländer ist und weil begründeter Zweifel bestehe, daß er sich auf Zahlung vor Gericht stellen werde. Die Entscheidung stützt sich auf die §§ 112 und 113 der Strafprozessordnung. Die Anklage wird laut auf Hebertretung jener Verfügung im Sinne des § 321a des Strafgesetzbuches: Rückkehr Ausgewiesener (Wannbruch). Die Strafe auf diese Hebertretung ist von einem Tage bis höchstens sechs Wochen. Nieuwenhuis war der Auffassung, der Ausweisungsbefehl von 1890 sei verjährt, zumal da ihm ein Berliner Rechtsanwalt auf seine Anfrage eine dahin gehende Auskunft erteilt hatte.

Nieuwenhuis hat auch in den letzten Jahren wiederholt Deutschland aus familiären Gründen besucht, ohne daß ihn die Polizei dabei störte, obwohl ihr die Anwesenheit N.'s bekannt war. Auch jetzt ließ man Nieuwenhuis in Köln zunächst ungehindert. Er wurde nur befristet. Als er aber eine Fahrkarte nach Marburg über Ehrenbreitstein löste, da schritt man zur Verhaftung; denn Ehrenbreitstein liegt an dem Mandövergebiete, wo gerade Wilhelm II. weilte, und es hätte ja Unheil geben können, wenn der schwache siebzehnjährige Greis dort vorbeigefahren wäre.

Dann wurde N. zwölf volle Tage völlig stumm im Polizeigewahrsam gehalten, ohne dem Gerichte vorgeführt zu werden. Erst nach zwölf Tagen wurde der gerichtliche Haftbefehl erlassen. Man fragt sich: Wie darf die Polizei entgegen den gesetzlichen Vorschriften jemand solange in ihrer Gewalt behalten, ohne daß er verhaftet ist? Aber in Preußen kann und darf die Polizei alles. Sie behauptet aber, sie habe Nieuwenhuis in polizeilichen Sicherheitsgewahrsam gehalten — um ihn auszuweisen; man habe sich aber erst vergewissert, ob — Holland den Ausgewiesenen auch annehmen würde. Man sieht, um eine „Begründung“ ist die Polizei nie verlegen, und diese Begründung macht den Skandal nur noch größer.

Der Kongreß der Sozialpolitiker tagt gegenwärtig in Mannheim. Der badische Minister Schenkel, derselbe, der in seinen Beziehungen über die Sozialdemokratie zwischen leidlichem Verständnis und öfterer Schamlosigkeit schwankt, hielt die Begründungsrede, in der er den sozialpolitischen Schutz der Schwachen und den Ausgleich der Interessen feierte.

Den ersten Vortrag hielt Prof. Schumacher über die finanzielle Behandlung der Wasserstraßen im Hinblick auf ihren Wettbewerb mit den Eisenbahnen. Der Referent sprach sich für Abgaben auf den Wasserstraßen jeder Art in der Höhe der Selbstkosten für deren Herstellung und Erhaltung aus. Der Vortrag war eine Propagandarede für die Abgaben auf den Flüssen. Auch der Handelskammer-Syndikus Birmingham aus finanziellen Gründen die gleichmäßige Erhebung von Abgaben, wandte sich aber gegen die Erhebung von Abgaben aus verkehrsfeindlichen, agrarischen Interessen; weil letzteres aber zu befürchten sei, erklärte er sich schließlich für die Beibehaltung der Abgabefreiheit des Rheines. In der Debatte sprachen fast alle Redner scharf gegen das Referat. Es war fast nur Prof. Sohn-Göttingen, der für die Flussabgaben schwärmte, während die Vertreter des Handels und der Industrie die Steuerfreiheit der natürlichen Flussläufe forderten. Zu einem Resultat kam es am Dienstag noch nicht.

Siehe auch vor Depeschen.

„Nationale Interessen“.

Bekanntlich begnügt sich das Unternehmertum nicht damit, seine wirtschaftliche Funktion, die Erzeugung von Profit, aus national-ökonomischen Theorien zu rechtfertigen — eine viel wirkungsvollere Argumentation für seine Unentbehrlichkeit glaubt es längst in den tönenden Wortbeständen ideologischer, besonders moralphilosophischer Wertungen entdeckt zu haben. Wenn es aber gar mit den höchsten „Gütern“ der praktischen Sittlichkeit, dem Vaterlande und der Nation aufmarschiert, dann weiß heutzutage sogar schon ein Predigtamtstribunale, daß es einen ganz besonders ausgiebigen Fiskus auf anderer Leute Geldbeutel oder Arbeitskraft vorhat — oder nachträglich bemängeln will. Dafür ein neues, verblüffendes Beispiel!

Vor dem Flensburger Secamt wurde Ende voriger Woche der erste einer Reihe von Prozessen verhandelt, deren Ausgang für Leben und Wohlfahrt der seefahrenden Bevölkerung von eminenter Bedeutung, und die außerdem die geschäftlichen und — moralischen Prinzipien einer mächtigen Unternehmergruppe in höchst eigenartige Beleuchtung rücken. Der Flensburger Dampfer „Prima“ ist eines derjenigen Schiffe, die von der Hamburg-Amerika-Paletsfahrt-Aktien-Gesellschaft gehortet waren, um die Koschjesteuendtsche Flotte selbigen Ansehens auf ihrer Fahrt nach Ostasien mit Kohlen zu versorgen. Das Schiff war nach Ostasien bestimmt und in den letzten Tagen des Dezember in Emden befristet worden; die Kohlen waren von dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat geliefert worden. Schon auf der Hinreise hatte der Vertreter der Reederei wiederholt festgestellt, daß in den Kohlenräumen sehr hohe Temperaturen herrschten, obwohl die Luken beständig geöffnet waren. Durch die Seeschlacht bei Tsushima wurden dann die Luken der Notwendigkeit überhoben, von der losbaren Ladung der „Prima“ Gebrauch zu machen, und das Schiff begab sich auf die Rückreise. Am 22. Juni wurde im Laderaum Rauch bemerkt. Die Mannschaft mußte sofort die Kohlen auf Deck schaffen, und am 24. Juni stieß man auf den Oerd des Feuers. Nachdem die Gefahr beseitigt war, wurden die Kohlen wieder in den Raum befördert. Bei diesen Arbeiten stellte es sich heraus, daß die Kohle, die in Emden sehr gut ausgelesen hatte, ganz zerbröckelt war. Zwei Tage später machten sich wieder dieselben drohenden Anzeichen bemerkbar, und der Kapitän beschloß, Colombo anzulaufen. Hier wurde die Ladung an Land gebracht, einen Teil davon behielt das Schiff als Bunkerkohlen an Bord.

Das Flensburger Secamt sollte nun die Ursache dieser gefährlichen Vorgänge feststellen. Die strengste Untersuchung war um so dringender geboten, als der Kapitän der „Prima“ gemeldet hatte, daß fast alle Schiffe, die mit Kohlen für die Russen draußen waren, durch die Kohlenladungen in Brand geraten waren. In der Verhandlung bekundete der Kapitän, daß die Kohlen immer seiner geworben seien und schließlich den reinen Müll gebildet hätten. Der Reichskommissar beim Senat hatte sich in der Vorunterredung die größte Mühe gegeben, die Herkunft des gefährlichen Materials genau zu ermitteln. Er forderte Auskunft vom Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat. Dieses weierte

sich rundweg, die Zeichen, die die Kohlen für die „Prima“ geliefert hätten, namhaft zu machen. Das Syndikat versuchte, für die Beschaffenheit der Kohlen das Wetter verantwortlich zu machen, das an den Tagen der Uebernahme in Emden geherrscht hatte. Die meteorologische Auskunft aus Emden konstatierte jedoch gutes Wetter für jene Tage. Auch im Verhandlungstermine blieb der aus Westfalen erscheinende Vertreter des Syndikats, Rechtsanwalt Dr. Schief, dabei, daß das Syndikat die 20 Zeichen, die die Kohlen geliefert hätten, nicht nennen würde. Die Konkurrenz würde sonst diese Angaben ausnützen, und besonders die englische, die im Norden sehr scharf sei, würde auf die Mangelhaftigkeit der Syndikatskohlen hinweisen. Der auswärtigen Konkurrenz dürfe aber dieser Vorteil nicht geboten werden — die nationalen Interessen ständen auf dem Spiele!

Der Reichskommissar trat diesen Ansichten entschieden entgegen. Die Interessen des Kohlen-Syndikats seien durchaus nicht allgemeine Interessen, wohl aber erhebe es das Interesse der Schifffahrt und der seemannischen Bevölkerung, daß diese Untersuchung peinlich genau geführt werde. Aus seiner Tätigkeit sei ihm bekannt, wie viele Schiffe und Menschen jahraus jahrein durch Inbrandgeraten der Kohlenladungen zu Grunde gingen. Da fast alle Schiffe, die den Russen Kohlen zugeführt hätten, Feuer an Bord gehabt, lasse es sich leicht feststellen, welche Zeichen Kohlen liefern, die sich leicht entzünden, vorausgesetzt, daß das Syndikat mit der Sprache herandrücke. — Der Vertreter des Syndikats blieb auf seiner Weigerung bestehen. Das Secamt beschloß, die Entscheidung auszufragen, da noch weitere solche Fälle zur Verhandlung kommen würden.

Auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit darf man gespannt sein. Man sollte es für gänzlich ausgeschlossen halten, daß die Behörden in dieser Sache, in der in ganz anderem Sinne, wie das Kohlen-Syndikat meint, nationale Interessen auf dem Spiele stehen, vor dem Proßt der Kohlenbarone Halt machen. Das Kohlen-Syndikat muß mit allen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln zur Aussage gezwungen werden. Das wäre einmal ein Zeugnis z wangsverfahren, das gewiß den Beifall der gesamten unabhängigen Öffentlichkeit fände. Wie die Kohlenbarone das Wohl ihrer Arbeiter einschätzen, wurde ja gelegentlich des letzten Bergarbeiterstreiks weitesten Kreisen bekannt. Daß aber diese Sorte Kapital weit über die Grenzen seiner Produktionsphäre auch noch für die Konsumenten eine „gemeine Gefahr“ bildet, ist in Flensburg gerichtlich festgestellt worden, und es ist nur schade, daß diese alarmierenden Entfaltungen nach dem großen Bergarbeiterstreik ans Licht gefördert werden.

Südwestafrika.

Äntlich wird gemeldet: Die auf telegraphische Anfrage vom Generalkommandant v. Trotha aus Keetmanshoop eingegangene Antwort ergibt, daß die vom Bureau Neuter aus Kapstadt, den 20. September, gebrachte Meldung von einem Ueberfall auf einen deutschen Konvoi unweit Keetmanshoop frei erfunden ist. Ein Ueberfall auf einen Wagentransport oder eine Fortnahme von Wagen und Munition hat nicht stattgefunden.

Die nach dem Gefecht bei Rubib am 13. September durch Major Meißler eingeleitete Verfolgung ergab, daß der Feind nach allen Seiten auseinander gesprengt ist. Auf größere Vorden ist man nicht mehr gekommen. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Das weitere Abgehen des Gefechtsfeldes vom 13. September ergab, daß der Gegner 80 Tote, darunter 20 Hereros, verloren hat. Auch wurden weitere 80 Pferde sowie viel Groß- und Kleinvieh gefunden.

Oesterreich-Ungarn.

Demonstrationen gegen die reaktionäre Kamarilla. In fünf überaus zahlreich besuchten Volksversammlungen in den verschiedenen Bezirken Wiens demonstrierten die Sozialdemokraten gegen das Vorgehen des Ministerpräsidenten Frejherm v. Gautsch in der Angelegenheit der ungarischen Wahlreform. Sämtliche Redner ergingen sich in den schärfsten Angriffen auf den Ministerpräsidenten. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer unter demonstrativen Rufen durch die Straßen, worauf sie sich ruhig zerstreuten. Nur im 17. Bezirke nahmen die Kundgebungen einen größeren Umfang an, so daß die Polizei einschritt und mehrere Verhaftungen vornahm.

Der Kongreß der Semstwoß.

Wie schon berichtet, ist in Moskau unter strenger Polizeikontrolle wieder ein Kongreß der Semstwoß eröffnet worden. Es liegen einstweilen nur offizielle Berichte über diesen Kongreß vor, der eine Antwort auf den „Verfassung“-Atlas des Jaren darstellt und „ungefährlich“ ist, weil ja der ausgesprochene Zweck jener Duma-Proklamation in erster Linie war, diese politische Tätigkeit der Semstwoß wieder zu beseitigen. Wenn trotzdem jetzt die Semstwoß tagen dürfen, so ist das ein Zugeständnis des Zarismus, sofern dieses Behenlassen nicht etwa durch die Hoffnung bestimmt ist, der Liberalismus könnte den Verrat vollenden und mit fliegenden Fahnen in das Lager der Duma-„Konstitutionellen“ übergehen. In der Tat haben die Semstwoß im Gegensatz zu den Sozialisten und auch zu den bürgerlichen Radikalen die Teilnahme an den Duma-Wahlen beschlossen.

Ueber die Tagung des wilden, illegalen Parlaments liegen die folgenden Telegramme vor:

Moskau, 28. September. Gemäß den vom Minister des Inneren für den Kongreß der Semstwoß vorgeschriebenen Bedingungen muß der Präsident die Sitzung schließen im Falle daß Ereignisse eintreten, wie sie im ministeriellen Erlaß vorgelesen sind. (D. h. wenn „aufrechterische“ Rufe usw. ausgehört werden. Red.)

Wenn der Präsident den Kongreß nicht schließt, so wird dies durch den Vertreter des Generalgouverneurs geschehen, der das Recht hat, im Falle der Unentschiedenheit der Mitglieder die Polizei und dann selbst die bewaffnete Macht herbeizurufen.

Sämtliche großen russischen Wäiter und viele ausländische sind bei dem Kongreß vertreten. Graf Heyden wurde zum Präsidenten gewählt. Die Moskauer Wäiter können unter Zensur des Leiters der Kanzlei des Generalgouverneurs Einzelheiten über den Kongreß veröffentlichten.

Der Kongreß beriet zunächst über den Bericht des Bureaus betreffend die Teilnahme der Semstwoßmitglieder und der Stadtvertretungen an der Duma. Zwei Redner bestanden auf dem Votum der Duma, da die Teilnahme an derselben nicht den Wünschen der Semstwoß entspreche und unmoralisch sei. Die Mehrheit der Redner bestand auf Beteiligung an der Duma zum Kampfe gegen die Bureokratie um im Namen des Volkes Freiheit und Gleichheit zu verlangen und nicht platonische Beratungen zu halten, während das Zentrum des Reiches zerstört sei und andere Distrikte in Klammern hängen.

Die Vertreter Posen's hielten Neben, in welchen sie in entergischer Form bewiesen, daß sie die Interessen ihrer Distrikte nicht wahrnehmen können, da sie jetzt der Rechte beraubt seien und die intelligenten Russen von der Duma ferngehalten würden. Nach längerer Debatte wurde die folgende Resolution angenommen:

Der Kongress der Semstwoelegierten und der Stadterhaltung findet, daß die Duma nach dem Gesetz vom 19. August keine Nationalversammlung im wahren Sinne sein würde. In Erwägung ferner, daß die Wahlversammlungen, welche einen bedeutenden Teil der sozialen Elemente im Umfange des ganzen Reiches vereinigen werden, die Zusammenfassung fördern und der Unterstützung der auf Erhaltung der politischen Freiheit gerichteten sozialen Bewegung werden dienen können, so ist es aus diesen Gründen für notwendig befunden worden, daß die russischen Bürger, welche das politische Programm, das in den Konferenzen der Semstvos und Gemeindevorsteher aufgestellt worden ist, angenommen haben, in möglichst großer Zahl als geschlossene Gruppe in die Duma eintreten zum Zwecke der Erhaltung von Garantien für die bürgerliche Freiheit und Gleichheit, wie sie in dem früheren Beschlusse des Kongresses angegeben sind und zum Zwecke der Gründung einer nationalen Vertretung nach den Grundsätzen, wie sie in dem Kongress der Semstvos angekündigt wurden.

In dem Kongress nahmen 113 Semstvomitglieder und 66 Gemeindevorsteher teil.

Der Benachrichtigung zufolge, welche die städtische Abordnung Moskaus aus Petersburg erhalten hat, sollen die Wahlen für die Duma am 4. Dezember beginnen.

Der Kongress beriet weiter über den Entwurf eines Wahlprogramms und über die Wahlkampagne. Der Kongress wird einen Aufruf an das Volk über das Wahlprogramm und über die Aufgaben der Duma richten und die Wähler auffordern, sich diesem Programm anzuschließen. Es wird die Einsetzung von Lokalkomitees geplant, die zu dem Zentralkomitee in Moskau in Beziehung stehen. Das letztgenannte Komitee wird, nachdem ihm von den Lokalkomitees die Namen der geeigneten Kandidaten mitgeteilt sind, die Listen mit einem neuen Aufruf an die Wähler veröffentlichen. Vor der Wahl in den Gouvernements wird eine Konferenz der Vertreter der vereinigten Wählergruppen stattfinden.

Ein Bericht über Autonomie Polens wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Erörtert sollen werden das politische Programm, die Bürger- und Menschenrechte, die lokale Autonomie, die Rechte der Nationalitäten, die Organisation der Rechtspflege, die ländliche Frage, die lokale Selbstverwaltung, die öffentliche Erziehung und das wirtschaftliche Programm.

Die revolutionäre Bewegung.

(Offizielle Telegramme.)

Petersburg, 20. September. In Danaburg ist ein Aufschlag gegen Polizeibeamte vorgekommen. Aus Mitau wird berichtet, daß trotz energischer Maßnahmen der Behörden, die Versuche, den Eisenbahnverkehr zu unterbrechen, fortbauern.

Riga, 20. September. Fast jede Nacht werden hier Angriffe auf Polizeibeamte verübt. Gestern wurde ein Kosak, vorgestern ein Gefängniswärter getötet. Die Unruhen haben auf dem Lande außer dem Rigaschen und Wendischen auch den Wolmarischen Kreis ergriffen.

Kowno, 25. September. Gestern Abend wurden durch eine in der Nähe des Stadtparkes geworfene Bombe der Polizeimeister Jwanow, 3 Polizeibeamte und 3 Frauen verwundet. Der Täter entkam.

Moskau, 25. September. Bei der Verhaftung aus Wladyka eingetretener junger Leute durch Polizei und Kosaken kam es zu einem Handgemenge, in welchem eine Person getötet und 2 Polizeibeamte sowie 2 andere Personen verwundet wurden. In der Wohnung der letzteren wurden eine Druckerie und Proklamationen gefunden.

Gewerkschaftliches.

Streikende sind vogelfrei.

Während des Streiks der Maurer in Langenbielau hatte ein Arbeitswilliger ohne jede Ursache einen Streikenden mit einem Fingerring bedroht. Der Fall wurde der Staatsanwaltschaft unterbreitet, diese lehnte aber ein Einschreiten ab.

Berlin und Umgegend.

Metallformer! In der Metallgießerei von Brun u. Schmidt, Chausseestraße, sind die Former und Gießereiarbeiter in Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Gasmesserarbeiter (Klempner und Schlosser)! Bei der Firma Braun u. Co. (Inhaber Kohle) sind wegen wiederholter Durchbrechung des Tarifs seitens des Arbeitgebers Differenzen ausgedrochen. Sämtliche Arbeiter haben gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Holzleger und Helfer! Die Differenzen bei der Firma Dargel-Spandau sind beigelegt und sind nachstehende Bauten frei: Bau Charlottenburg, Leonhardstr. 11. Bau Treptow, Beermannstraße. Bau Rasth. Desgleichen bei der Firma Ebers, Gneisenaustr. 70.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Eisnarbeiter! In Eisenberg streiken die Eisnarbeiter, weil ihnen ein Minimallohn von 14,60, 16,20 und für ältere Arbeiter von 18,00 M. bei 56 1/2 stündiger Arbeitszeit nicht bewilligt wird. Ein Agent namens Wunderlich, Gräfestr. 32, v. I hier wohnhaft, sucht Streikbrecher. Wir warnen vor den Angeboten dieses Herrn.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Baugewerbe in Königsberg. Der große Lohnkampf der Maurer vom vorigen Jahre ist immer noch nicht beendet. Bekanntlich scheiterten die Verhandlungen im vorigen Herbst daran, weil die Maurer sich weigerten, mit den christlichen Streikbrechern, die im Ortsverein der Maurer organisiert waren, in einer Lohnkommission zu sitzen; sie wollten eine eigene Kommission haben. Darauf gingen die Herren vom Arbeitgeberverband nicht ein, sondern sperrten nach fünfmonatlichem Kampfe die Maurer aus, indem sie beschloffen, nur Maurer zu beschäftigen, die im christlichen Ortsverein — ein Maurerverband, den sie selbst gegründet hatten — organisiert waren. Viele Maurer mußten nun diesem verhassten Verbande beitreten, um Arbeit zu erhalten. In diesem Jahre hielten die Unternehmer an ihrem Beschlusse fest. Die Maurer beantworteten ihn mit Hausperren. Der christliche Ortsverein schleppete jetzt alles an Streikbrechern heran, was er auf Lager hatte. Die Maurer schrieben nun — als der Kampf tobte — an den Arbeitgeberverband, ob er unterhandeln wolle. Dieser antwortete, daß er an seinem Beschlusse festhalte, das heißt haben wolle, daß nur eine Lohnkommission gebildet werde. Eine Versammlung des Zentralverbandes der Maurer beschloß nun, dem Verlangen der Arbeitgeber nachzukommen, nur damit der Friede im Baugewerbe eintreten solle. Die Antwort des Arbeitgeberverbandes steht noch aus. Wie sich die Maurer, die im Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Königsbergs und Umgegend organisiert sind, zu diesem Vorgehen stellen, ist noch nicht bekannt, da jetzt — im Gegensatz zum vorigen Jahre — beide Organisationen getrennt marschieren.

Zur Lohnbewegung der Buchbinder in Königsberg. Die Forderungen der Buchbinder hat bisher nur die Firma Kämmerl anerkannt. Die Buchbinder beschloffen deshalb in einer Versammlung, die Kündigung einzureichen und, falls keine Einigung zustande kommt, am 8. Oktober in den Streik zu treten.

Auch die Maler, Lackierer und Anstreicher Königsbergs sind in eine Lohnbewegung getreten. In einer Versammlung wurde die Lohnkommission beauftragt, den alten Tarif zu kündigen. Die Vereinigung der Maler wurde beauftragt, einen neuen Tarif auszuarbeiten und ihn einer Mitgliederversammlung vorzulegen.

Forderungen der Straßenbahnarbeiter in Nürnberg. Die städtische Straßenbahn in Nürnberg ist der rentabelste Betrieb der Stadt, aber die Verhältnisse der Arbeiter lassen noch viel zu wünschen übrig. Die in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter werden schlechter entlohnt, als es bei den meisten Privatunternehmern geschieht. Sie haben sich deshalb veranlaßt gesehen, an den Magistrat folgende Forderungen zu richten: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit; Regulierung der Löhne nach zwei Lohnklassen: I. Anfangslohn 4 M. mit einer nach Anfluß eines jeden Jahres eintretenden Aufbesserung von 25 Pf. pro Tag bis zum Höchstlohn von 6,50 M.; II. Anfangslohn 3,80 mit Steigerung von 20 Pf. bis zum Höchstlohn von 5 M. Bezahlung eines Zuschlages von 25 Proz. für diejenigen Arbeiter, die über Mittag durcharbeiten müssen. Die Arbeiter, die Sonntags arbeiten müssen, sollen für die Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag und einen freien Wochentag bekommen.

§ 153. Gelegentlich der allgemeinen Bauarbeiter-Aussperrung in München stand der arbeitslose Buchbinder Max Albrecht bei einem Kirchenbau in Pasing bei München als Tagelöhner in Arbeit. Die dort beschäftigten Arbeiter gehörten samt und sonders der Organisation an. Der Baulegitime Stefan Schlittinger forderte den Buchbinder auf, der Organisation der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter beizutreten, was dieser ablehnte. Die Arbeiter ließen durch Schlittinger dem Unternehmer mitteilen, daß sie mit dem nichtorganisierten Arbeiter nicht zusammen arbeiten wollen und daß sie die Arbeit niederlegen werden, wenn dieser nicht entlassen werde. Albrecht wurde entlassen, aber gleichzeitig wurde gegen Schlittinger Anzeige wegen eines Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung erstattet. In der am Sonnabend am Schöffengericht München II durchgeführten Verhandlung beantragte der Amtsanwalt gegen den Baulegitimierten in Rücksicht darauf, daß die Handlungsweise des Angeklagten nahe an Erpressung streife, das Maximum von drei Monaten Gefängnis (II). Das Schöffengericht erkannte auf einen Monat Gefängnis. Als strafmildernd wurde hervorgehoben, daß sich der Angeklagte durch seine Handlungsweise keinen finanziellen Vorteil verschaffen, sondern den Verband durch Werbung neuer Mitglieder nach außen stärken wollte.

Ausland.

Die Modelistischer im Distrikt Clyde in England befinden sich wegen der Forderung einer Lohnerhöhung seit fünf Monaten im Streik. Nach einem von der United Patternmakers Association eingelaufenen Bericht beabsichtigen die Unternehmer nacheinander in Deutschland, Belgien und Dänemark die Streikarbeit anfertigen zu lassen. Unterzeichnete ersucht im Auftrag der Streikenden, diesen Plan der englischen Unternehmer nach Möglichkeit zu verhindern.

Auch die Modelistischer in den Provinzstädten Dänemarks werden am 28. September in den Streik treten zwecks Durchführung eines Minimallohnes von 37 Dore pro Stunde. Der Dänische Tischlerverband ersucht deshalb sowohl um Fernhaltung des Zugangs als auch um Verweigerung etwaiger Streikarbeit.

Der Sekretär der Internationalen Union
Theodor Leipart, Stuttgart, Adlerstraße 43.

Verein für Sozialpolitik.

(Zweiter Tag.)

Mannheim, 26. September.
(Telegr. Bericht.)

Heute sprach an erster Stelle Professor Dr. Lujo Brentano über das Thema:

„Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben.“

Redner ging von der letzten Berliner Sitzung des Vereins aus. Kaum sei man von dieser heimgekehrt gewesen, als der größte Arbeiteraufstand ausbrach. 195000 Arbeiter legten die Arbeit nieder. Ueberhaupt war das letzte Jahr ein Jahr ununterbrochenen Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und bemerkenswert ist die große Zahl der Aussperrungen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Auffassung der Arbeitgeber sehr oft mit der bestehenden Rechtsordnung in hellem Widerspruch steht. Gegenüber dem Prinzip der unbedingten Autorität des Arbeitgebers erscheinen die dem Arbeiter in der Gewerbe-Ordnung garantierten Rechte geradezu revolutionär. Revolutionär erscheint weiter die der ganzen Gewerbe-Ordnung zugrunde liegende Gleichberechtigung des Arbeiters und noch revolutionärer erscheint das Bestreben, den individuellen Arbeitsvertrag durch den kollektiven Arbeitsvertrag zu ersetzen. Erst dann, wenn sich die Arbeiter zusammenschließen, können sie gegen die Autorität des Arbeitgebers wirksam ankämpfen. Es darf jedoch die individuelle Freiheit des einzelnen Arbeiters nicht beeinträchtigt werden. Diese Worte sollen aber durchaus nicht eine Rechtfertigung der sogenannten Arbeitswilligen sein. Man versteht unter diesen jene Spezies von Arbeitern, die sich angeblich danach sehnen, zu arbeiten. Um diese Arbeitswilligen zu sichern, hat die Regierung feinerweise die Zuchtanstalt eingebracht. Nachdem der Reichstag diese Vorlage abgelehnt hat, sucht man durch das bestehende Gesetz jene Zwecke zu erreichen. Die Arbeitswilligen sind zum großen Teil fremde Arbeiter, die man erst aus der Ferne herbeischleppt, oft sind es Ausländer. Das Bestreben bei der Zuchtanstaltvorlage ging nicht dahin, diese Arbeitswilligen zu schützen, sondern es handelte sich vielmehr um einen Schutz des Arbeitgebers. Zu einem Teil sind die Arbeitswilligen aber auch Leute, die durch die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen an den Unternehmer gefesselt sind. Diese Wohlfahrts-einrichtungen, die wir besonders in den Riesenbetrieben sehen, schalten oft sehr wesentlich die gesellschaftlich garantierte Freiheit des Arbeiters aus. Selbst die Geschäftslente, bei denen die Arbeiter dieser Betriebe verkehren, werden durch diese Wohlfahrts-einrichtungen unter die Vormühsigkeit der Betriebsleiter gestellt. Dabei leisten diese Wohlfahrts-einrichtungen oft gar nicht das, was man ihnen nachsagt und für einen großen Teil der Arbeiterschaft hat sie infolge des häufigen Wechsels der Arbeitsstelle wertlos. Bei einem Ausstand bilden dann diejenigen, denen diese Wohlfahrts-einrichtungen zugute kommen, die sogenannten Arbeitswilligen. Weil die Wohlfahrts-einrichtungen nicht ein Mittel sind dem sozialen Frieden zu dienen, sondern ein Kampfmittel, das den sozialen Kampf zu verschärfen geeignet ist, deshalb müssen wir uns gegen sie wenden. Notwendig sei, daß der § 153 der Gewerbeordnung durch einen neuen Paragraphen ersetzt werde, wonach die Arbeiter, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, den Bestimmungen des allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und nicht Sonderbestimmungen unterliegen. Was nützen alle Anerkennung der Berufsvereine, wenn man das System der bestehenden Wohlfahrts-einrichtungen aufrecht erhält, und was nützen alle dem Arbeiter eingeräumten Rechte, wenn man die Berufsvereine nicht anerkennt. Redner verweist alsdann auf einen in der französischen Deputiertenkammer eingebrachten Antrag, wonach bei der Regelung von Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis den Unternehmern die Bedingung zur Verpflichtung gemacht wird, die streitenden Punkte vor ein Einigungsamt und Schiedsgericht zu bringen und wo ferner die Unternehmer keiner Verbindung angehören dürfen, die diesen Einrichtungsorgan verweigert.

Nach einer kurzen Pause ergriff Oberregierungsrat a. D. Dr. Leydit-Berlin als erster Diskussionsredner das Wort. Er nahm die Arbeitgeber gegen manche Ausführungen des Vorstehenden in Schutz. Wenn die Arbeitgeber ihre Arbeiter aussperrten, dann tun sie es lediglich als letztes Verteidigungsmittel gegen die Angriffe der Arbeiterorganisationen. Das Bestreben der Arbeiterorganisationen gehe auf die Untergrabung der Autorität des Arbeitgebers hinaus und dieses Bestreben müsse die Unternehmer zu gemeinsamem Widerstande zusammenschließen. Er könne nicht verstehen, wie Brentano die Arbeitgeberorganisationen als Kulturkommission habe bezeichnen können. In Jena haben sämtliche Gewerkschaftsführer erklärt, daß ein enger Zusammenhang zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie bestehen müsse. Innerhalb der deutschen Arbeitgeberorganisationen ist man noch niemals der Behauptung begegnet, daß dem Arbeiter das Koalitionsrecht genommen werden soll. (Heiterkeit.) Wenn der Referent mit solchen Nachdruck auf den Vergarbeitsstreik hingewiesen hat, so betone er, daß es niemand einfallen ist, eine der in Betracht kommenden Organisationen zu zertrümmern. (Lachen.) Nur gegen bestimmte Personen sei man vorgegangen, die die autoritative Stellung des Arbeitgebers zu vernichten trachteten. Der Arbeitsvertrag könne nur mit dem einzelnen Arbeiter abgeschlossen werden, weil die Organisation niemals eine Verpflichtung übernimmt, daß dem Arbeitgeber die nötigen Arbeitskräfte auch zur Verfügung stehen.

von Rottenburg-Bonn erörtert die Aufgaben, die von den Arbeitern in den Riesenbetrieben erwartet werden. Das Wesen der Riesenbetriebe besteht in einer Steigerung der Macht des Arbeitgebers. Der Unternehmer eines Riesenbetriebes ist in der Lage, die Preisverhältnisse und den ganzen Weltmarkt viel besser zu beherrschen und auszunutzen, als der kleine Kaufmann. Das wirksamste Mittel des Arbeiters ist der Streik.

Der folgende Redner war der Reichstagskandidat des Zentrums im Wahlkreise Essen, Arbeitersekretär Giesberts. Der Vergarbeitsstreik wäre vermieden worden, wenn der Bergbauverein mit den Arbeitervertretern unterhandelt hätte. Es sei bedauerlich, daß es noch nicht gelungen sei, mit der Großindustrie korporative Arbeitsverträge abzuschließen.

Kaumann: Der Revisionismus hat in der deutschen Sozialdemokratie eine Niederlage, nach Jena wohl eine dauernde erlitten. Das liegt an den ökonomischen Verhältnissen. Der Arbeiter weiß sich heute keinen anderen Ausweg. Und die Arbeitgeber sagen: so lange die Sozialdemokratie radikal ist, können wir nicht nachgeben. Die Arbeiter müßten sich ohne Rücksicht auf Religion und politische Anschauung organisieren.

Dr. Harms-Lübingen: Es ist falsch, wenn man glaubt, die Entwicklung in Deutschland werde denselben Weg gehen wie in England. Bei uns sind ganz andere Vorbedingungen vorhanden. — Es sprechen u. a. noch Dr. Tille-St. Johann und Abgeordneter Franken-Gelsenkirchen. Geheimrat Brentano zog in einem Schlusswort das Fazit der Debatte, worauf die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vertagt wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Bürgermeisterwahl in Mainz.

Mainz, 26. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion beschloß, bei der Bürgermeisterwahl für Göttelmann einzutreten, womit dessen Wahl gesichert ist.

Das englisch-japanische Abkommen.

London, 26. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Heute wurde hier und in Tokio der Text des neuen englisch-japanischen Abkommens veröffentlicht. Derselbe besteht aus einer Einleitung und acht Artikeln. Die Einleitung besagt, daß die Ziele des Abkommens seien, die Befestigung und Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens in Ostasien und Indien und die Erhaltung der gemeinsamen Interessen aller Mächte in China durch die Sicherung der Unabhängigkeit und Integrität Chinas und des Prinzips der Gleichberechtigung des Handels aller Nationen, ferner die Aufrechterhaltung der territorialen Rechte Großbritanniens und Japans in Ostasien und Indien und die Verteidigung ihrer besonderen Interessen in diesen Gebieten.

Artikel 1 besagt: Die beiden Regierungen werden, wenn immer ihre oben bezeichneten Rechte und Interessen gefährdet sind, miteinander in vollem Umfange und offen in Verkehr treten und gemeinsam die Maßnahmen erwägen, die zur Wahrung derselben zu ergreifen sind.

Artikel 2 handelt von der gegenseitigen Unterstützung im Kriegs-falle.

Artikel 3 besagt: Da Japan die vorherrschenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Rechte in Korea besitzt, so erkennt Großbritannien Japans Recht an, solche Maßregeln zur Leitung, zur Kontrolle und zum Schutze Koreas zu ergreifen, als es geeignet und notwendig erachten mag, um diese Interessen zu schützen und zu fördern.

Artikel 4: Japan erkennt das Recht Großbritanniens an, in der Nähe der indischen Grenze solche Maßregeln zu ergreifen, welche nötig sein mögen, die indischen Besitzungen zu schützen.

Artikel 5: Beide Teile kommen überein, daß keiner ohne die andere Macht zu befragen, in besondere Abmachungen eintreten wird, welche den in der Einleitung des Abkommens bezeichneten Zielen nachteilig sein könnten.

Artikel 6 bestimmt, daß im Falle eines russisch-japanischen Krieges Großbritannien es übernimmt, strenge Neutralität zu bewahren und Japan im Falle es von einer anderen Macht angegriffen wird, zu Hilfe zu kommen.

Artikel 7 setzt fest: Die Bedingungen, unter denen der erwähnte Beistand geleistet werden soll, werden durch die Militär- und Marinebehörden der vertragschließenden Teile vereinbart, die miteinander von Zeit zu Zeit in vollem Umfange und offen in Beratung treten.

Artikel 8 besagt: Das gegenwärtige Uebereinkommen gilt für eine Frist von zehn Jahren, ist aber mit einjähriger Kündigung aufhebbar.

Hongkong, 26. September. (B. L. B.) Der Präsident des Winterrats der Rechter erklärte in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer in bestimmter Weise, daß die Regierung im Laufe der vierjährigen Legislaturperiode einen Gesetzentwurf betreffend eine Revision der Verfassung und zwar in bezug auf eine Reform des Wahlrechts vorlegen werde. Die Sozialisten zogen hierauf einen in dieser Hinsicht von ihnen gestellten dringenden Antrag zurüd.

Tokio, 26. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Bedingungen des Waffenstillstandes sind für Nord-Korea noch nicht vereinbart, da der dortige russische Kommissar infolge mangelnder Vollmachten bei jedem Schritt an Linewitsch berichten mußte.

Aus Industrie und Handel.

Der Rheinisch-westfälische Kohlenfelder-Trauf.

Die Erwerber des jüngst von der Internationalen Bohr- gesellschaft für 35 Millionen Mark veräußerten Kohlenfelder- Besitzes haben nicht abgewartet, wie die zurzeit zwischen dem Fiskus und dem Kohlenfelder Syndikat sowie dem Trosttrauf in Berlin gepflogenen Unterhandlungen enden werden; sie haben einfach in Köln eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Namen „Rheinisch-westfälische Bergwerks-Gesellschaft m. b. H.“ errichtet und deren Stammkapital im Gesamtbetrage von 500 000 M. derartig unter sich verteilt, daß je 5000 M. einem Anteil von 1 Proz. an dem Gesamtbesitz an Kohlenfeldern im Werte von 35 Millionen Mark entsprechen. Demnach entfällt auf jedem Anteil ein Kohlenfelderbesitz von 350 000 M. Doch sind vorläufig nur 80 Proz. des Kohlenfelderbesitzes zur Verteilung gelangt, die übrigen 14 Proz. sollen für den preussischen Fiskus, dem man bekanntlich generöser Weise 10 Proz. zugedacht hat, und für die Arenbergische Bergbaugesellschaft in Essen offen gelassen werden. Nach der offiziellen Angabe sind an diesen 86 Proz. folgende Firmen und Gesellschaften beteiligt:

Table with 2 columns: Firm name and percentage share. Includes Gewerkschaft Carolus Magnus in Vergeborde, Köhler Bergwerksverein, Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft, etc.

Die vorstehende Liste ist für den, der die Eigentumsverhältnisse der genannten Aktiengesellschaften und Gewerkschaften nicht kennt, schwer verständlich. Er muß zur Ansicht kommen, an dem großen Kohlenfelderbesitz partizipierten doch recht viele Gesellschaften, an denen wieder eine Menge Aktien- und Augentinhaber beteiligt seien. Tatsächlich kommt jedoch die große Mehrheit der Anteile auf nur drei Personen, nämlich die Herren Hugo Stinnes, August Thyssen und Karl Junke. Der Haupteigentümer der fünf Gewerkschaften Carolus Magnus, Friedrich Ernestine, Graf Westf., Mathias Stinnes und Viktoria Mathias ist nämlich ebenfalls Herr Hugo Stinnes. Er besitzt also für sich allein schon 20 Anteile. Außerdem ist er aber noch in starkem Maße am Mülheimer Bergwerksverein, dessen Aufsichtsrats-Vorsitzender er ist, sowie an der Selsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft und am Nordstern beteiligt. Die Gewerkschaft Deutscher Kaiser aber ist Eigentum der Dynastie Thyssen, die außerdem ebenfalls noch in hervorragendem Maße am „Nordstern“, an der Selsenkirchener und der Mülheimer Gesellschaft beteiligt ist. Rechnet man dazu Herrn Junke mit seinen 15 Anteilen, so kann man sagen, daß diese drei Kohlenbarone über fast zwei Drittel der sämtlichen Anteile des neuen Traufs verfügen und diesen ganz nach ihrem Belieben dirigieren können. Wenn der Fiskus also dem Trauf beiträgt, so wird er, mag er nun 10, 11 oder 12 Anteile erhalten, sich den Anordnungen dieser drei Herren fügen müssen. Eine recht passende Position für die preussische Staatsregierung, in die sie sich durch ihre Dienstwilligkeit gegenüber den Befehlen und Wünschen des Kohlenmagnatentums selbst gebracht hat! Vielleicht müssen die drei Herren sogar noch als übermäßig nobel gelten, wenn sie schließlich den Fiskus mit 10 Anteilen, also mit 10 Proz. beteiligen. Man könnte es ihnen kaum verdenken, wenn sie ihn und seinen offiziellen Repräsentanten, die lange Erzellenz aus Pradwede, noch etwas tiefer einschüchtern. Das ganze Verhältnis ist so charakteristisch für unsere heutige Gesellschaft, das jedes weitere Wort der Erläuterung seine Wirkung abschwächen ließe.

Der Jahresabschluss der Harpener Bergbaugesellschaft beweist aufs neue, daß die großen Schachgesellschaften des Ruhrgebiets trotz der Verminderung ihrer Förderung von dem großen Bergarbeiterstreik im Frühjahr nur geringen Schäden gehabt haben. Die Harpener Gesellschaft hat zwar eine Einbuße ihrer Förderung erlitten. Ihre Gesamterzeugung betrug im letzten Geschäftsjahr nur 5 228 592 Tonnen gegen 5 676 905 Tonnen im Jahr 1903/04, wobei in Betracht kommt, daß diesmal das Ergebnis der inzwischen auf die Harpener Gesellschaft übergegangenen Berg- und Schiffsahrtsgesellschaft stammengießer in den Produktionszahlen und dem Abschluß enthalten ist. Die Stanninger-Gesellschaft hatte zwei Zechen, Vereinigte Selsberd und Roland, deren Gesamtproduktion immerhin auf circa 320 000 Tonnen zu veranschlagen ist. Dem entsprechend beträgt auch der Bruttogewinn aus dem Steinkohlenabsatz nur 9 154 509 M. gegen 9 488 025 M. Dieser Ausfall wird aber durch den Mehrertrag der Kohlenabteilung, der Herstellung von Dreifüß- und Leer-Redenprodukten sowie der Gewinnsteigerung auf dem Wertpapierkonto reichlich ausgeglichen, so daß die Gesamteinnahme sich auf 18 068 832 M. stellt gegenüber 16 396 514 M. im vorletzten Jahr. Wenn trotzdem der Reingewinn nur 6 851 448 M. (im vorigen Jahr 7 230 876 M.) beträgt und nur eine Dividende von 9 Proz. verteilt werden soll, so erklärt sich das aus der Erhöhung der Ankosten, ganz besonders aber aus den weit stärkeren Abschreibungen für das letzte Jahr (im Betrage von 7 077 884 M.).

Die Verwaltung scheint denn auch so befriedigt von den erzielten Resultaten zu sein, daß sie abermals eine Vergrößerung ihres Betriebes, den Anlauf der Sechsebene plant, und zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um 2,2 Millionen M. erhöhen will.

Der offizielle Bericht über den Stand der Kartoffeln, des Klees und der Wiesen in Deutschland um die Mitte des Monats September zeigt fast genau dasselbe Bild, wie der vor einigen Tagen veröffentlichte Bericht über den Saatenstand in Preußen; der Stand der Kartoffeln hat sich seit August etwas verschlechtert, der Stand des Klees, der Luzerne und der Wiesen dagegen gebessert. Es ergeben sich nämlich (verglichen mit dem Stand im August dieses Jahres und im September der letzten vier Jahre) folgende Notizen (Nr. 1 bedeutet sehr gut, Nr. 2 = gut, Nr. 3 = mittel, Nr. 4 = gering):

Small table with 4 columns: Crop type, Year, and Rating (1-4).

Das Statistische Amt fügt diesen Notizen als Erläuterung hinzu: Die Bitterung des Berichtsmontats war in dem größten Teile des Reiches vorherrschend warm und sehr reich an Nieder-

schlägen. Durch die vielfach fast täglich niedergehenden Regen wurden die letzten Arbeiten der Getreideernte sehr in die Länge gezogen. Von tierischen Schädlingen werden Engerlinge, Hamster und Feldmäuse genannt. Die Aussichten auf eine gute Kartoffelernte sind infolge der Kälte etwas zurückgegangen. Bei früheren und feineren Sorten, deren Ernte begonnen hat, zeigen sich Krankheiten und Fäule in zum Teil erheblichem Maße. Für das Wachstum der Futterpflanzen war das warme regnerische Wetter recht günstig. Klee sowohl wie Luzerne haben sich fast überall nicht unwesentlich gebessert und liefern meist reiche Erträge. Abgesehen von einigen süddeutschen Staaten, in denen der zweite Schnitt infolge längerer Trockenheit ziemlich gering ausgefallen ist, liefern die Wiesen befriedigende, zum Teil auch sehr reichliche Erträge. In Süddeutschland haben sich die Wiesen auch da, wo der Grummettschnitt ausgefallen war, jetzt wieder so weit erholt, daß noch eine reiche Herbstweide in Aussicht steht.

Der Bau der hauptsächlichsten Fruchtarten in Deutschland. Die deutsche Statistik hat sich in den letzten Jahren beträchtlich vervollkommen, besonders soweit sie die landwirtschaftliche Produktion betrifft. Während früher z. B. die Größe der Anbauflächen erst in dem auf die Aberntung folgenden Jahre festgestellt und bekannt gegeben wurde, findet jetzt aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft und des Getreidehandels die Ermittlung und Zusammenstellung der Ziffern schon im Juni des Erntejahres statt. So können denn auch bereits jetzt die Größenverhältnisse für Juni 1905 veröffentlicht werden; doch sind die Zahlen nur als „vorläufige“ zu betrachten, da bei der Nachprüfung manche Einzelangaben über den Umfang des Anbaues erfahrungsgemäß noch eine Berichtigung erfahren:

Table showing crop statistics for 1905, comparing 1904 and 1905 in Hektars and percentages. Includes Winterweizen, Winterroggen, Sommergerste, etc.

Die Jahresabrechnung der „schönen Leuca“. In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates der Vereinigten Königs- und Laurahütte berichtete der Generaldirektor über die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 1904/05.

Der Bruttogewinn der Gesellschaft, der durch die ungünstigen Verhältnisse auf den russischen Märkten wesentlich beeinflusst ist, beträgt nach Deduktion aller Geschäftsausgaben und der Obligationenzinsen 6 590 507,72 M. (im vorigen Geschäftsjahr 7 070 518 M.), so daß nach Abzug der ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen von den Anlagewerten in der vorjährigen Höhe von 3 500 962,02 M. ein Reingewinn von 3 089 545,70 M. (3 569 595 M.) verbleibt. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 30. Oktober stattfindenden Generalversammlung die Auszahlung eines Gewinnanteils von 10 Proz. des Aktienkapitals und von dem verbleibenden Rest Zuwendungen an eigene Wohlfahrts-Einrichtungen, Kirchen und gemeinnützige Anstalten im Betrage von 130 724 M. vorzuschlagen.

Die schlechten Fischen und Hüttenwerte haben sich gut rentiert. Dagegen blieben Produktion und Absatz der im russischen Polen belegenen beiden Hüttenwerke infolge der seit dem 1. Februar d. J. andauernden Arbeiterunruhen, die wiederholt längere Stillstände der Werke hervorriefen, erheblich zurück. In diesen Einnahmeausfällen trat auf den russischen Hütten eine Selbstkostenverteuerung, so daß der in dieser Abteilung verbücherte Jahresüberschub die zur Deduktion der notwendigen Amortisationen erforderliche Höhe nicht überschreitet und den Gewinn der gesamten Hüttenwerke unter den vorjährigen herabdrückt.

Soziales.

Der Streikposten soll und muß verbrannt werden. Die Defer werden sich nach dem Urteil des Kölner Landgerichts entsinnen, in dem an der herrschenden Polizei- und Gerichtspraxis den Streikposten gegenüber treffende Kritik geübt wurde, wenngleich es schließlich doch zur Verurteilung verschiedener Streikposten wegen Hebertretung der Kölner Straßenpolizeiverordnung kam. Dies Urteil unterlag nun am 25. September der Nachprüfung des Kammergerichts. — Anlässlich des Ausstandes in der Köln-Ohrenfelder Waggonfabrik waren Streikposten aufgestellt worden. Bei der Polizei lief eine unterchriftslose Anzeige ein, daß Angestellte der Fabrik von Streikposten belästigt worden seien. Wie später festgestellt wurde, waren die Betroffenen lediglich nach ihren Namen gefragt worden. Gleichwohl erließ der Polizeipräsident eine Anweisung, daß Streikposten bei der Fabrik nicht zu dulden seien, da Störungen der Sicherheit und Ordnung zu befürchten wären. Der Polizeikommissar des Bezirkes informierte wieder seine Leute, und nun ging das Eintreiben der Streikposten los. Die Beamten forderten sie auf, die Nähe der Fabrik bis zu einem Umkreise von 300 Metern zu meiden. Wer nicht folgte oder wieder zurückkehrte, wurde „festgestellt“ und angeklagt auf Grund der Bestimmung der Kölner Straßenpolizeiverordnung, wonach Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ordnung etc. auf der öffentlichen Straße Folge zu leisten ist.

Die Angeklagten Crone, Kaczmarek, Wingenheimer und andere wurden auch in zweiter Instanz vom Landgericht Köln zu Geldstrafen verurteilt. Das Gericht führte aber auf 8 von 10 Seiten Urteilsbegründung aus, daß die Angeklagten eigentlich freigesprochen werden müßten. Es wurde festgestellt, daß die Angeklagten weder den Verkehr behindert, noch irgendwen belästigt hätten. In ihrem Gesinn, nichts Unrechtes getan zu haben, hatten sie die Aufforderungen nicht befolgt oder seien zurückgelehrt. Es unterläge keinem Zweifel, daß zur Zeit des Einschreitens der Polizei ein begründeter Anlaß nicht vorgelegen habe. Auch sei es richtig, daß geleglich gewährleistete Rechte ihre Bedeutung geradezu verloren oder hinlänglich würden, wenn eine unterchriftslose Anzeige schon genügen sollte, das Einschreiten der Polizei herbeizuführen. Die Polizei wäre dann bei jedem Streik sofort dazu in der Lage, ohne weiteres die Polizei einschreiten dürfen zum Schutze der Ordnung und Sicherheit; daß aber jede nur entfernt mögliche Störung ein Einschreiten nicht rechtfertigen dürfe, bedürfe keiner Ausführung. Vorliegend wäre ein Einschreiten um so weniger erforderlich gewesen, als es sich um ruhige, ja bis zu einem gewissen Grade gebildete Leute handelte. Alles das hätte unbedingt zur Freisprechung führen müssen, wenn nicht nach der Praxis des Kammergerichts die Nachprüfung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit polizeilicher Anordnungen der hier fraglichen Art dem Richter entzogen wäre. Zwar gestatte das Kammergericht dem Richter wohl die Prüfung, ob die Anordnung objektiv eine solche zur Erhaltung der Sicherheit gewesen sei, und gestatte eine Freisprechung, wenn die Anordnung solchen Zwecks überhaupt nicht diene. Doch werde solche Feststellung nur äußerst selten möglich sein. Auch vorliegend müsse behauptet werden, daß die Anordnungen objektiv erlassen seien zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ordnung etc. Somit wären die Angeklagten doch zu verurteilen.

Die Angeklagten legten Revision ein und ihr Vertreter Rechtsanwält Dr. Vehrens hob besonders hervor, daß ja hier das Vorgehen der Polizei zurückzuführen sei auf eine für den fraglichen Streik ergangene generelle Anordnung, das Streikpostensetzen bei der Fabrik nicht zu gestatten, welche Anordnung einem Verbot des Streikpostensetzens in gegebenen Fälle gleichkomme. Einem Verbot, das ungesetzlich wäre.

Das Kammergericht verwarf jedoch am 25. September die Revision der Angeklagten. Es lehnte ab, darauf einzugehen, ob der Polizeipräsident eine generelle Anordnung erlassen durfte. Dem Kammergericht genügte die Feststellung des Landgerichts, daß die Exekutivbeamten ihre Anordnungen an die Angeklagten objektiv zur Aufrechterhaltung der Sicherheit hätten ergehen lassen.

Aus den Schulvorstands-Wählerlisten gesprochen wurden auf Anordnung der Regierung zu Lüneburg vier ehrenwerte Parteigenossen in Eihendorf bei Harburg. Auf die von den betroffenen Genossen eingereichte Beschwerde hat die Regierung offen ausgeprochen, daß nur die sozialdemokratische Bestimmung die Ursache zu dieser Verfügung war. Sie können es und nicht vertragen, das Schriftstück vollinhaltlich wiederzugeben. Es lautet: Königl. Regierung.

Lüneburg, den 22. September 1905. An den Schloffer Herrn Georg Mandt in Eihendorf.

Auf Ihre in Gemeinschaft mit den Maurern Budendahl, Bau und Schlit unterm 9. d. M. eingereichte Beschwerde wegen der von uns verfügten Streichung Ihrer Namen aus den Schulvorstands-Wählerlisten erwidern wir folgendes:

Sie und die vorgenannten Personen gehören der sozialdemokratischen Partei an und sind bei den Wahlen zum Reichs- und Landtage sowie zum Gemeinde-Ausschuß in Eihendorf für diese Partei öffentlich tätig gewesen. Budendahl hat außerdem für die genannte Partei bei der letzten Reichstagswahl im Wahllokal eine Nebenliste geführt, für die Verteilung von Stimmzetteln gesorgt und die Parteigenossen, welche noch nicht gewählt hatten, herbeiholen lassen. Bei der sozialdemokratischen Massfeier in Eihendorf am 2. Mai d. J. hat Budendahl die Festrede gehalten.

Sie und die Mitunterzeichner der Beschwerde haben sich so nach durch die Betätigung ihrer sozialdemokratischen Bestimmung an dem Kampfe gegen die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung beteiligt und sich in besuchtem Gegenatz zu den Aufgaben der Schule gestellt, in die Herzen der Schüler Frömmigkeit, vaterländische Gesinnung und Königstreue zu pflanzen. Sie haben aber auch durch Ihren politischen Lebenswandel öffentlich Mergernis beidenden erregt, welche die zu Recht bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung hochhalten und die Erziehung der Kinder zu gottesfürchtigen und vaterlandsliebenden Menschen erstreben.

Danach hatten Sie und die Mitunterzeichner der Beschwerde nach der bestehenden Gesetzgebung das aktive und passive Wahlrecht verloren und waren in den Wählerlisten zu streichen.

Ihren Anträge, die Wahl vom 6. d. M. für ungültig zu erklären und bei einer Neuwahl die Entrognung Ihrer Namen zu veranlassen, kann daher keine Folge gegeben werden.

Wir erlauben, die Mitunterzeichner der Beschwerde von vorstehendem Kenntnis zu geben. Leist.

So, nun wissen es die Beschwerdeführer. Weil sie sich sozialdemokratisch betätigt haben, sind sie nicht würdig, an den Wahlen zum Schulvorstand teilzunehmen, nach der bestehenden Gesetzgebung haben sie das aktive und passive Wahlrecht zu dieser Körperschaft verwirkt. Auf welche Geleise die Regierung bezug nimmt, hat sie verossen anzugeben, dafür hat sie aber um so offenkundiger ausgesprochen, daß die Schule die Aufgabe habe, „in die Herzen der Schüler Frömmigkeit, vaterländische Gesinnung und Königstreue zu pflanzen“. Sozialdemokraten haben allerdings über die Aufgabe der Schule andere Ansichten, damit hat die Regierung recht. Wir meinen vielmehr, daß die Schule in der Bildung des Volkes ihre vornehmste Aufgabe sehen müsse und daß die Verbringung von Frömmigkeit, vaterländischer Gesinnung und Königstreue diese Hauptaufgabe nur beeinträchtige. Wir wollen hier nicht des näheren darauf eingehen auf die systematische Ausschließung von Sozialdemokraten aus den Schulvorständen. Die Lüneburger Regierung äßt nur nach, was in Preußen längst längst ist und mit dem Anschluß des Genossen Singer aus der Schuldeputation ihren Anfang nahm. Für und ist der Vercheid der Lüneburger Regierung nur ein weiterer Beleg für die Tatsache, daß die herrschenden Klassen alle Institutionen — und zu denen gehört auch die Schule — in ihren Dienst zwingt zu dem Zweck, ihre Macht so lange wie möglich aufrecht zu erhalten.

Verfammlungen.

Localorganisationen und Tarifverträge.

Das Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend hielt am Montag eine Verfammlungen der Vorstände und Delegierten ab, die sich hauptsächlich mit den kürzlich beendeten und demgegenwärtig stattfindenden Lohnlämpfen und Lohnbewegungen befaßte. Zunächst berichtete Regge über den kürzlich erstreikt, der bekanntlich am 1. September, nachdem er zehn Wochen gedauert hatte, mit dem Abschluß eines Tarifvertrages auf drei Jahre endete. Der Redner bemerkte unter anderem, so sehr es auch zu bedauern sei, daß der § 9 der Forderungen, den Arbeitsnachweis betreffend, fallen gelassen werden mußte, so seien doch die Opfer, die der Kampf kostete, nicht vergebens gewesen; die Arbeitgeber würden sich es überlegen, nochmals einen derartigen Kampf aufzunehmen. Zum Schluß dankte der Redner den im Kartell vertretenen Gewerkschaften für die Unterstützung, die sie den Streikenden zukommen ließen. — An den Bericht schloß sich eine längere Debatte, die sich teils auf die Taktik im Kürschnerstreik, teils auf den Abschluß des Tarifvertrages bezog. Kleinlein (Infrumentenmacher) erklärte, es breche sich auch bei den im Kartell vertretenen Gewerkschaften immer mehr Bahn, Tarifverträge abzuschließen, obwohl in der „Einigkeit“ immer gegen derartige Verträge geschrieben werde. Hier sei nun gar ein Vertrag auf die lange Dauer von drei Jahren geschlossen worden. Im allgemeinen erklärte sich der Redner mit der Durchführung des Lohnlämpfes der Kürschner einverstanden. Auf eine Anfrage des Redners, wie es mit der gelben Gewerkschaft im Kürschnerberuf bestellt sei, bemerkte Regge, daß sie eine Gründung des Unternehmens sei und anfangs 45 Mitglieder gezählt haben solle. Sie finde selbstverständlich nirgends Aufschluß. Die Verlässler Kürschner, denen das Organ der Gelben, ein Ableger der „Neuen Pelzwaren-Zeitung“, zugesandt wurde, hätten bereits einflussig gegen jene Streikbrecherorganisation protestiert. Schäfer (Kürschner) erwiderte auf die Einwendungen gegen den Tarifvertrag, daß die Kürschner die drei Jahre zur Kräftigung ihrer Organisation gut gebrauchen könnten. Mit Rücksicht darauf, daß die Unternehmer die Kürschnerorganisation vernichten wollten, habe man mit dem Streik nur abgeknippt. Die gelbe Gewerkschaft habe in der vorigen Woche eine Verfammlungen abgehalten, wo nur 18 Personen anwesend waren. — Juppel (Zimmerer) bemerkte, von einem großen Sieg könnten die Kürschner nicht reden. Wenn sie nun die „Dömelburgische Rube“ gebrauchten, sollten sie diese auch gebührend anwenden. Aniebedt (Wärstendinder) erklärte, er sei ein prinzipieller Gegner aller Tarifgemeinschaften, besonders solcher, die auf drei Jahre abgeschlossen würden. Bernice (Möhrer) berichtete über die kürzlich eingeleitete Lohnbewegung der Möhrer. Auch in seinem Verus leide man an der Krankheit der Tarifverträge. Der Redner gab sodann

eine Ueberflut über den Verlauf der Bewegungen von 1890, 1901 und 1903 und teilte über die gegenwärtige Lohnbewegung mit, daß schon eine Verhandlung mit den Unternehmern stattgefunden habe, die jedoch ergebnislos verlaufen sei. Voraussetzungen werde man die Bewegung aber in kurzer Zeit und ohne allzu schwere Kämpfe zu einem glücklichen Abschluß bringen können. In gleichem Sinne äußerte sich sein Kollege Goldt, der noch hinzufügte, daß bereits verschiedene Firmen sich bereit erklärt hätten, die Forderungen anzuerkennen. — Die Debatte, die diesem Bericht folgte, erstreckte sich hauptsächlich auf technische Fragen. Es wurde hervorgehoben, daß die Kohrer, sobald sie dessen bedürfen, der Unterstützung durch das Kartell sicher sein können.

Ueber die Aussperrung in den Elektrizitätswerken und ihre Ursachen berichtete Wiesner (Metallarbeiter). Von den Mitgliedern seiner Gewerkschaft seien bis jetzt ungefähr die Hälfte an dem Kampf beteiligt. Der Redner gab einen Bericht über die tatsächlichen Maßnahmen des Streikkomitees und die gepflogenen Verhandlungen. — Auch im Anschluß an diesen Bericht wurde betont, daß die übrigen Gewerkschaften des Kartells es selbstverständlich, sobald es notwendig werden sollte, nicht an Unterstützung fehlen lassen werden.

Pullig (Biesenleger) berichtete über den Streik der Biesenleger-Gärtlarbeiter und den hierbei erzielten Tarifvertrag. Er trat besonders der kürzlich in einer Mitgliederversammlung des Vereins der Maurer getanen Aeußerung, der Vertrag enthalte Bestimmungen, die unter der Gesinde-Ordnung ständen, entgegen und verlangte, daß der Vertrag verlesen werde, damit die Vertreter der übrigen Gewerkschaften urteilen könnten, ob dieser Vorwurf gerechtfertigt sei. — Der Vorsitzende Fischer kam diesem Wunsch nach, und es wurde dann auch allgemein anerkannt, daß von derartigen Bestimmungen nicht die Rede sein könnte. Gehl (Maurer) bemerkte, daß die Vertreter seiner Organisation nicht verantwortlich gemacht werden könnten für eine Aeußerung, die in ihrer Versammlung von einem Diskussionsredner getan worden sei. Im übrigen bestünde der Kongreßbeschluss zu recht, daß Tarifverträge als ein notwendiges Uebel anzusehen seien. Heller (Maurer) meinte, es sei Pflicht gewesen, keine Klaffenlöcher im Tarif (worunter die Bestimmung zu verstehen ist, wonach Maurer, die in den Biesenlegerberuf übergehen, erst nach zwei Jahren den Biesenlegerlohn erhalten) festzusetzen. Ähnlich äußerte sich Becklin (Maurer). Pagel (Biesenleger) erwiderte, er sei auch Gegner der Tarifverträge; wie aber die Verhältnisse gelegen hätten, sei der Abschluß des Vertrages notwendig gewesen. Uebrigens sei die Karenzzeit für Erlangung des Minimallohnes von vier auf zwei Jahre herabgesetzt. — In der weiteren Diskussion, die sich hauptsächlich auf die prinzipielle Frage der Tarifabschlüsse erstreckte, bemerkte Dirichsen (Zimmerer), daß in seinem Beruf durch Tarifvertrag Ordnung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen geschaffen sei und gerade die Klaffenlöcher, die vordem bestanden hätten, beseitigt wären. Die ganze Entwicklung der Gewerkschaften dränge sie dahin, auf Tarifverträge einzugehen. — Gehl wollte in ein solches Loblied auf die Tarife nicht einstimmen. — Fischer warf die Frage auf, wie man sich dem bei der Absicht einer Lohnbewegung verstelle, wenn man unter allen Umständen keinen Vertrag eingehen wolle? — Volkman (Zinsgießer) erklärte, er habe früher gemeint, daß die dem Kartell angehörenden Gewerkschaften nur dann auf Tarifverträge eingehen sollten, wenn sie durch den Umstand, daß zwei Organisationen im Beruf beständen, dazu genötigt wären.

Bei dem Punkt „Verschiedenes“ erwähnt Kleinlein eine Aeußerung, die Bebel auf dem Parteitag gegen Friedeberts Generalstreikagitation gebraucht, und bemerkte, daß, wenn es zum Verhören Friedeberts komme, man auch dabei sein müsse. Unter Mitteilungen des Ausschusses machte Fischer auf die Freie Hochschule sowie auf die Kurse der Berliner Hochschullehrer aufmerksam, wozu Hörerlarten durch das Kartell und die Redaktion der „Einigkeit“ zu erhalten sind.

Gerichts-Zeitung.

Die Stiefel des Herrn v. Dossow.

Aus Halle berichtet man uns unterm 26. September: Die Halle'schen Polizeibehörden wurden vor dem Schöffengericht wieder um einen recht hübschen Beitrag bereichert. Es lagte der Staatsanwalt im Interesse des Polizeikommissars Garde-Offiziers Ulrich v. Dossow gegen den Polizeikommissar Leutnant Alfred Kriebel wegen öffentlicher Verleumdung. Kriebel hatte dem v. Dossow in einer am 6. Juni vor dem Schöffengericht stattgehabten Verhandlung vorgeworfen, er habe ein Paar Stiefel unterschlagen; das war, wie v. Dossow sagte, eine Lüge, man müsse sich wundern, daß so ein Mann noch Garde-Offizier und noch im Dienste sei. Mit

den unterschlagenen Stiefeln verfährt es sich nach der Behauptung Kriebels und seines Verteidigers folgendermaßen:

Gelegentlich des Kaiserzuges in Halle mußte Herr v. Dossow als Vorreiter fungieren. Da es ihm an einem Paar respektabler Stiefel mangelte, wurden ihm auf Kosten der Stadt ein Paar schneidige Lederstiefel im Preise von etwa 50 M. von dem Schuhmachermeister Biel angefertigt. Die Stiefel gefielen Herrn v. Dossow so gut, daß er sich entschloß, diese der Stadt nach der Feierlichkeit für 10 Mark abzulassen. Die vorgelegte Behörde war damit selbstverständlich nicht einverstanden, dem sehr wohlhabenden Ranne, der hier mehrere Häuser besitzt, die noch fast neuen Stiefel für den geringen Preis von 10 Mark zu überlassen und ordnete den Rückkauf der Stiefel durch den Schuhmachermeister Biel an. Ein Schuhmann mußte die Stiefel von des Inspektors Wohnung in Biels Geschäft bringen. Der Schuhmacher geriet aber in eine förmliche Entrüstung, als man ihm sagte, dies seien die Stiefel, die er zum Kaiserzug geliefert habe. Er hatte ein Paar unansehnliche rindslederene Stiefel vor sich, während er ein Paar taublederene Lederstiefel geliefert hatte. Er erinnerte sich sofort, daß Herr v. Dossow beim erstmaligen Anziehen die Nacht des einen Stiefels aufgerissen hatte, die dann durch einen aufgenähten Riester verdeckt worden war. Man suchte und fand auch einen Riester an der Stelle; aber man erkannte nicht wenig, als man entdeckte, daß der Riester nicht wie jeder andere aufgenäht, sondern aufgeflickert war, und unter dem Riester war von einer schabhaften Stelle nichts zu entdecken. Wie die Sache geendet ist, weiß man nicht. Der Angeklagte Kriebel benannte zu diesem Punkt die Zeugen: Schuhmachermeister Biel, Wächtermeister Weinhardt, Sergeant Mahtau und v. Dossows Dienstmädchen und hat dringend um Beweis-erhebung. Das Gericht lehnte den Beweisanspruch ab, um erst festzustellen, ob Kriebel überhaupt die Absicht der Verleumdung gehabt habe. Herr v. Dossow sagte, die Stiefelgeschichte habe dem Regierungspräsidenten, dem Oberpräsidenten und sogar auch dem Minister zur Beurteilung vorgelegen und sämtliche Behörden hätten die Ueberzeugung, daß er sich nicht strafbar gemacht habe. Kriebel sagte, dies sei eben nur möglich gewesen, weil man die Beweis-erhebung freit abgelehnt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kriebel 300 Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach aber Kriebel kostenlos frei, da eine Absicht der Verleumdung nicht vorliege.

Graf Pädler verurteilt. Ein Pädler-Prozess, der bereits mehrfach der Vertagung anheimgefallen war, gelangte gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Hellwig zur Verhandlung. Wegen Aufreizung zum Mordanschlag war der Rittergutsbesitzer Graf Pädler zu Klein-Tschirne angeklagt. Graf Pädler wurde, da er wiederholt ohne jede Entschuldigung zum Termine nicht erschienen war, von dem uniformierten Gendarmarie-Obwachmeister König aus Klein-Tschirne vorgeführt. Der Angeklagte wurde beschuldigt, am 13. Dezember vorigen Jahres in Bernau verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten öffentlich angereizt zu haben. Vor Gericht bestritt Graf Pädler jede Schuld und behauptete, die inkriminierten Stellen seiner Rede nur bildlich oder in Form eines geistigen Kampfes gemeint zu haben. Staatsanwalt Erling hielt indessen in der Rede des Angeklagten eine öffentliche Aufreizung zum Mordanschlag für festgestellt; denn wenn junge Leute vom Lande dazu aufgefordert würden, den Juden alles zu demolieren und ihnen die Fenster einzuwurfeln, so könne man ummöglich zu der Auffassung kommen, daß dies bildlich gemeint sei. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen wegen desselben Vergehens beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Beratung wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung auf 600 M. Geldstrafe eventuell 60 Tage Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Tempelhof, Mariendorf Mariensfelde. Seit abend 8 1/2 Uhr findet in Tempelhof bei Road, Berlinerstr. 9, eine Volksversammlung statt, in welcher ein Frauen- und Mädchen-Bildungsverein gegründet werden soll. Ueber Zweck und Ziele des Vereins spricht Frau Dr. Hoffmann. Es ist Pflicht aller Frauen und Mädchen, diese Versammlung zu besuchen. Männer als Gäste haben Zutritt. Die Einberuferin.

Vermischtes.

Die Cholera.

Für die Choleraüberwachungsstelle an der Charlottenburger Schloßbrücke ist vom Berliner Polizeipräsidenten eine besondere Polizeiverordnung erlassen worden. Wie üblich, ist die Ueberwachungsstelle

durch eine weiße Fahne kenntlich gemacht. Vorbeifahrende Fahrzeuge und Pferde haben dort zu halten. Für Touristen- und Personendampfer können von dem Ueberwachungsbeamten Ausnahmen zugelassen werden. Sämtliche Fahrzeuge haben je eine gelbe und schwarze Flagge bei sich zu führen. Die gelbe Flagge ist bei dem Vorhandensein einer unter den Erscheinungen der Cholera erkrankten Person, die schwarze Flagge bei dem Vorhandensein einer unter solchen Erscheinungen verstorbenen Person aufzuführen.

Die bakteriologische Untersuchung des Darminhaltes des vor einigen Tagen in Rinnerdorf bei Schwiebus plötzlich verstorbenen Knaben hat, wie dem „Schwiebuser Tageblatt“ von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, ergeben, daß die Todesursache nicht Cholera gewesen ist. Es steht somit fest, daß bisher im Füllidau-Schwiebuser Kreise kein Cholerafall vorgekommen ist, auch liegt gegenwärtig dort kein Choleraverdächtiger Erkrankungsfall vor.

Der „Ostdeutschen Rundschau“ zufolge ist die Frau des Bureauvorstehers Busch in Bromberg Choleraverdächtig erkrankt. In drei Erkrankungsfällen, nämlich je einen in Ruhig, Neuhöfen und Rasch hat sich der Choleraverdacht nicht bestätigt. In Adolfsdorf ist ein Kind unter Choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben. Die Ehefrau des Schiffseigners Scheffler, die an Cholera erkrankt war, sowie ihr Sohn Kubal und ein ebenfalls unter Ueberwachung gestellter Wootmann sind, wie aus Posen gemeldet wird, aus der dortigen Choleraquarantäne entlassen worden, da eine Ansteckungsgefahr nicht mehr besteht.

Die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ melden: Ein obdachsler Mann im Kreise Stuhm ist Choleraverdächtig erkrankt und in die Choleraquarantäne in Pielitz eingeliefert worden. Bei der am 22. September unter Choleraverdacht erkrankten Wuhnenarbeiterin aus Pönhof, Kreis Stuhm, ist Cholera festgestellt worden. Bei zwei aus den Kreisen Ratow und Marienwerder gemeldeten Fällen hat sich der Choleraverdacht nicht bestätigt.

Aus Petersburg wird gemeldet: Nachdem drei Cholerafälle in Lodz amtlich festgestellt worden sind, werden alle ankommenden Reisenden einer strengen Untersuchung unterworfen.

Aus Stettin wird berichtet: Der große Brand im Freihofer Bauerie während der ganzen Nacht und erst heute früh gegen 9 Uhr konnte die Feuerwehr zurückgezogen werden. Nach einer Schätzung der Vertreter der vier beteiligten deutschen Versicherungsgesellschaften beträgt der angerichtete Schaden 150 000 bis 200 000 M. Das Breiterlager gehörte der englischen Firma Bern u. Kruse. Der Brand bot, wie die „Stettiner Abendpost“ meldet, ein prächtig schönes Schauspiel, und Tausende von Personen umlagerten daher in der Nacht den Brandort. Zwei Feuerwehrleute erlitten Verletzungen, ein anderer erkrankte an Rauchvergiftung.

Ueber ein großes Eisenbahnunglück wird aus Lille berichtet: Der von Lüttich gestern abend 5 Uhr abgegangene Expresszug ist bei der Kreuzung Roubaix auf der rechten Seite entgleist. Es heißt, daß zwei Reisende getötet und 17 verwundet sind.

Ein unglückliches Kind. Die Hinrichtung des vom Schwurgericht Mannheim wegen Mordes zum Tode verurteilten Schreibers Georg Beder aus Heidelberg ist wegen der bevorstehenden Niederkunft seiner Frau, die für Mitte Oktober zu erwarten ist, verschoben worden. Man will, wie es heißt, die Frau und das zu erwartende Kind schonen, das schon durch den Eintrag in die Standesregister einen Namen erhalten würde.

Fabrikbrand. Die große Feinspinnerei Leopold Schöller in Buchen-Stommeln ist, wie aus Dürren berichtet wird, durch eine Feuersbrunst zum größten Teil in Asche gelegt worden. Das Feuer entzündete durch Kurzschluß und griff rapid um sich, so daß die zur Hilfe geeilten Wehren fast machtlos waren. Der Neubau liegt in Trümmern, die großen Warenvorräte sind vernichtet. Der auf eine Million geschätzte Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Witterungsüberblick vom 26. September 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stolzenberg	757	ESD	2	Rebel	11	Caparanda	771	D	2	Mollig	5
Hamburg	756	ESB	3	bedeckt	12	Petersburg	770	RSD	1	Mollig	5
Berlin	758	ESW	1	wolkig	10	Schiff	760	RWS	3	Mollig	13
Frankfurt	760	S	1	wolkig	11	Udedom	761	R	3	Regen	9
München	760	S	4	bedeckt	11	Paris	758	S	1	heiter	9
Wien	758	ESW	1	bedeckt	14						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. September 1905.

Vorwiegend wolkig mit leichten Regenschauern bei wenig veränderter Temperatur und schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 27. September. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Das Fest auf Soltau. Schauspielhaus. Julius Caesar. Neues. Ein Sommernachtstraum. Westen. Die Heckenmaus. Kleines. Hidalla. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Traum ein Leben. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Hörsing-Theater.) Die Regenbrüder. Seiffing. Die Erziehung zur Ehe. Die stilles Roderung. Residenz. Die Höhle des Löwen. Trianon. Das Ende der Liebe. Thalia. Bis früh um Fünfe! Carl Weiß. Weltumsegler wider Willen. Paulsen. Der Mann im Monde. Central. Die Weibha. Deutsch-Amerikanisches. Wer, Herr Herzog! Metrop. Was — im Metrop! Kasino. Der Weibharr. Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten. Herrfeld. Die Weibharr. Wintergarten. Was Zeller. Spezialitäten. Folies Caprice. Was dem Zapfenstreich. Soll und Haben. Passage. Poldi Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten. Reichshallen. Tellerer Sänger. Urania. Konzertstr. 48/49. Im Lande der Mitternachtssonne. Invalidentheater. 57/62. Täglich ab nachmittags 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 8 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Apollo-Theater. Täglich: 10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Pinguin-Tempel. Vorh.: Hochzeitsabend, Spezialitäten. Sonntag, den 1. Oktober cr.: Erste Nachmittags-Vorstellung mit amerik. Pinguin-Tempel u. Luftballon-Grigolatis zu bedeutend ermäßigten Preisen! Anfang 3 Uhr.

Urania. Tagendstr. 48/49. 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne. Sternwarte. Invalidentheater. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Neu! Théâtre Lumière! Pariser Schattenspielenen m. Musik u. Gesangsleitung. Kinematograph-Theater: Wanderung durch Pompeji. Sturm auf Port Arthur u. a. m. Konzertsaal: Oberbayr. Sänger „die Kochelsee“.

WINTERGARTEN. Täglich ab nachmittags 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 8 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater. Täglich: 10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Pinguin-Tempel. Vorh.: Hochzeitsabend, Spezialitäten. Sonntag, den 1. Oktober cr.: Erste Nachmittags-Vorstellung mit amerik. Pinguin-Tempel u. Luftballon-Grigolatis zu bedeutend ermäßigten Preisen! Anfang 3 Uhr.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Morgen u. folgende Tage: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater. Abends 8 Uhr: Hidalla. Donnerstag u. Freitag: Hidalla. Sonnabend: Der verdorbene Krug. Vorh.: Die Laune des Berlehten. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore. Hierauf: Angela. Abends 8 Uhr: Hidalla.

Berliner Theater. Eröffnungs-Vorstellung. Donnerstag, den 5. Oktober. Andalusia. Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Endl. Vorverkauf täglich von 10—2 Uhr.

Luisen-Theater. Zum erstenmal: Der Mann im Monde. Donnerstag: Kabale und Liebe. Freitag: Der Mann im Monde. Sonnabend: Piesco. Sonntag nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Der Mann im Monde. Montag: Der Mann im Monde.

Thalia-Theater. Dredenerstr. 72/73. Direction Kran und Schönfeld. Täglich abends 8 Uhr: Durchschlagender Vortreff! Bis früh um Fünfe. Schwan! m. Gef. I. 3 Akten v. Jean Kran u. Arthur Oppsch. Musik von Paul Lincke. Sonntag, 1. Oktober, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Kasino-Theater. Lotzengergstr. 37. Täglich 8 Uhr. Der Adelsnarr. Vorh.: Die Zaubergeige von Offenbach. Original-Rambler-Compagnie zum 1. Male in Berlin Duo Serdan. Sonntag, 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr. Das Ende der Liebe. Donnerstag, den 28. September, zum erstenmal: Madame Torera.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Direction: Richard Schnitz. Sonntag, den 1. Oktober cr.: Eröffnungs-Vorstellung: Eine tolle Nacht. Vorh.: Gr. Spezialitäten-Programm.

Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr: Die Höhle des Löwen. Schwan! in 3 Akten v. M. Hennequin und J. Bihaud. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulesgipfen.

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Der Weltumsegler wider Willen. Abenteuerliche Ausflugsreise mit Gefang und Ballett in 6 Bildern von G. Raeder. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Abends 8 Uhr: Lumpenmüllers Lieschen. Schauspiel in 5 Akten nach J. Heimbürgs gleichnamigen Roman in der „Gartenlaube“ von Hugo Busse. Donnerstag: Anna, zu dir ist mein liebster Gang. Sonnabend: Extra-Vorstellung.

Theater Folies Caprice. Budapest Possen-Theater 132 Linsenstr. 132. Ecko Friedrichstraße. Nach dem Zapfenstreich. Militär-Humoreske von Satyr. Vorh.: Soll und Haben und der ausgezeichnete Spezialitätenteil. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ab 1. Oktober: Sonntag nachmittags 3 Uhr Vorst. zu halb. Pr.

Passage-Theater. Anfang der Abendvorst. 8 Uhr, nachm. Sonntag, 3. Oktober, 5 Uhr. Poldi Augustin die frische Soufrette. Herr Tacianu. Damen-Junitator. Das glänzende September-Programm.

Deutsch-Amerikan. Theater. Heute zum Gastspiel Ad. Philipp 26. ABER! Male: Herr Herzog. Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“

Früfels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee Nr. 148. Heute: Sonder-Abend. Konzert, Theater, Spezialitäten. 10 Attraktionen ersten Ranges 10. Relegierte Studenten. Gasse mit Gesang. Nach der Vorstellung: Extra-Tanz. Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ehren- und Vorzugskarten gültig.

Sanssouci, Gottbuserstr. 4a. Dir. W. Reimer. Heute Mittwoch: Gastspiel d. Loewe-Ensembles: Kabale und Liebe. Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Neb. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Säger und Tanztruppen. Der große Fiskal ist noch einige Sonnabende zu vergeben.

Der Adelsnarr. Vorh.: Die Zaubergeige von Offenbach. Original-Rambler-Compagnie zum 1. Male in Berlin Duo Serdan. Sonntag, 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr. Das Ende der Liebe. Donnerstag, den 28. September, zum erstenmal: Madame Torera.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Direction: Richard Schnitz. Sonntag, den 1. Oktober cr.: Eröffnungs-Vorstellung: Eine tolle Nacht. Vorh.: Gr. Spezialitäten-Programm.

Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr: Die Höhle des Löwen. Schwan! in 3 Akten v. M. Hennequin und J. Bihaud. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulesgipfen.

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Der Weltumsegler wider Willen. Abenteuerliche Ausflugsreise mit Gefang und Ballett in 6 Bildern von G. Raeder. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Abends 8 Uhr: Lumpenmüllers Lieschen. Schauspiel in 5 Akten nach J. Heimbürgs gleichnamigen Roman in der „Gartenlaube“ von Hugo Busse. Donnerstag: Anna, zu dir ist mein liebster Gang. Sonnabend: Extra-Vorstellung.

Theater Folies Caprice. Budapest Possen-Theater 132 Linsenstr. 132. Ecko Friedrichstraße. Nach dem Zapfenstreich. Militär-Humoreske von Satyr. Vorh.: Soll und Haben und der ausgezeichnete Spezialitätenteil. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ab 1. Oktober: Sonntag nachmittags 3 Uhr Vorst. zu halb. Pr.

Passage-Theater. Anfang der Abendvorst. 8 Uhr, nachm. Sonntag, 3. Oktober, 5 Uhr. Poldi Augustin die frische Soufrette. Herr Tacianu. Damen-Junitator. Das glänzende September-Programm.

Deutsch-Amerikan. Theater. Heute zum Gastspiel Ad. Philipp 26. ABER! Male: Herr Herzog. Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“

Früfels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee Nr. 148. Heute: Sonder-Abend. Konzert, Theater, Spezialitäten. 10 Attraktionen ersten Ranges 10. Relegierte Studenten. Gasse mit Gesang. Nach der Vorstellung: Extra-Tanz. Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ehren- und Vorzugskarten gültig.

Sanssouci, Gottbuserstr. 4a. Dir. W. Reimer. Heute Mittwoch: Gastspiel d. Loewe-Ensembles: Kabale und Liebe. Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Neb. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Säger und Tanztruppen. Der große Fiskal ist noch einige Sonnabende zu vergeben.

Berliner Nachrichten.

Zufuchtsstätten des Berliner Freisinn.

An den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen werden von den Bezirken dritter Abteilung die folgenden 16 Bezirke teilnehmen: 1, 3, 6, 7, 15, 16, 19, 20, 21, 26, 27, 30, 33, 38, 40, 46.

Die örtliche Scheidung von arm und reich in Berlin, der Gegensatz zwischen Stadtteilen mit vorwiegend wohlhabenden Bewohnern und Stadtteilen mit vorwiegend unheimlichen Bewohnern, hat es dem Freisinn erleichtert, in einer Reihe von Bezirken dritter Abteilung noch festen Fuß zu behalten.

Am stärksten ist die Verminderung der Wähler in der Innenstadt. Von 1899 bis 1905 sank die Wählerzahl in Bezirk 1 (jetziger Vertreter: Giese) von 5299 auf 4010, Bezirk 3 (Hermes) von 6393 auf 5216.

Gegen die Hoffnungen, die der Freisinn aus solchen Verschiebungen schöpft, legt die Sozialdemokratie die wachsende Werbekraft ihrer Grundidee und Forderungen, die in den letzten Jahren selbst in manchem schwierigen Bezirk um den Sieg über den Freisinn gebracht hat.

Schulküden.

Eine unserer Forderungen für den weiteren Ausbau der Volksschulen ist der hauswirtschaftliche Unterricht. Wir betrachten es als Aufgabe der Schule, die Kinder mit all den Kenntnissen auszustatten, die erforderlich sind, um sie zu stärken für den Kampf ums Dasein.

muhte. So gestaltet sich der Unterricht auch nicht eintönig, und die Mädchen sind mit gleicher Freude am Herd und bei dem mündlichen Unterricht. Es ist eine Freude, die kleinen Könnchen mit den großen Kochtöpfen herumzutreiben zu sehen.

Ueber die Arbeiterbehandlung bei der Berliner Straßenreinigung schreibt uns der Vorstand des Verbandes der Gemeindegewerkschaften: Der Ueberblick über den Berliner Stadthausbau-Etat für 1904/05 beträgt bekanntlich über 10 Millionen Mark.

Zur Choleraepidemie wird uns vom Polizeipräsidenten zu Berlin folgendes mitgeteilt: Bei der verhängnisvollen Wichtigkeit, welche schlechte zentrale Wasserversorgungen für Weiterverbreitung der Cholera haben können, dürfte es zur Beruhigung dienen, wenn man erfährt, daß in dieser Beziehung innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin alles in bester Ordnung sich befindet.

Neue Waldverwüstungen durch den Staat. Der „Tgl. Adsch.“ wird geschrieben: „Was Berlin vor den meisten anderen Großstädten auszeichnet, ist der Reichtum seiner nächsten Umgebung an Wald.“

Wir möchten dem Blatt weiter, daß die Berliner Einwohnerschaft nach einem Volksparl mit dem in Aussicht gestellten Altimbinwald in seiner jetzigen Größe erhalten bliebe.

Kindererziehungs- und Fürsorge-Erziehung.

Der Lehrer Konrad Kogald in Rixdorf ist in der vom Professor v. Soden geleiteten Vorstandsbildung des Vereins zum Schutze der Kinder zum Direktor des neuen Kindererziehungsheimes in Zehlendorf gewählt worden.

Diese Reformen tun angeht die täglichen Mißerfolge, welche die Fürsorge-Erziehung im Zeichen des Mißtrauens in Preußen erlitten hat, außerordentlich not. Wir wollen hoffen, daß Herr Kogald der geeignete Mann ist, das Kindererziehungsheim in Zehlendorf aufstergänglich zu leiten.

Die „Votd. Kor.“ meldet: Eine neue Zwangserziehungsanstalt für Knaben hat die brandenburgische Provinzialverwaltung bei Potsdam, und zwar am kleinen Egerzierplatz, in der Nähe der Provinzialanstalt für Epileptische und des Wilhelmstiftes, erbauen lassen, welche Anfangs Oktober in Gegenwart des Oberpräsidenten von Preußen, des Landesdirektors v. Mantuffel, des Regierungspräsidenten v. d. Schulenburg, des Landrats v. Stubenrauch etc. feierlich eröffnet wird.

Kraurig genug, daß der preussische Staat erst jetzt in einem Einzelfall zu der Ansicht kommt, daß der Staat das unangenehmste Erziehungsmittel ist. Offenlich hält Herr Vertel zum Verdruss diese Ansicht stand.

Wohnungsumzugstermine und -Kündigungsfristen.

Der bevorstehende Quartalswechsel veranlaßt vielerlei Anfragen über Umzugstermine und Kündigungsfristen. Wir geben die wesentlichsten Bestimmungen hierüber an dieser Stelle wieder. Umzugstermin. Die Räumung einer Wohnung muß in Berlin bei aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. Oktober (im Laufe des Montags), bei aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 3. Oktober um 12 Uhr mittags und bei größeren Wohnungen am 4. Oktober um 12 Uhr mittags beendet sein.

Die elektrische Beleuchtung der Friedrichstraße. Gestern Abend fand seitens der Deputation der städtischen Gaswerke eine Besichtigung der neuen elektrischen Beleuchtung der Friedrichstraße statt, an der die Stadträte Ramsau, Alberti, Benz, die Stadtverordneten Bamberg, Jakob, Waack, Buzke, Froy, Kait, Weich und Wurm, die Bürgerdeputierten Koene, Silbermann, sowie Geh. Rat Direktor Rathenau mit anderen Herren teilnahmen.

Nicht nur rote Kranzschleifen, sondern auch schwarze Zylinderhüte haben es der Polizei angetan. Die schwarzen Hüte der Droschkentreiber müssen nämlich am nächsten Sonnabend um die Witternachtsstunde von der Straße verschwinden. Bis vor 12 Jahren kannte man nur Schwarzlackierte 1. und 2. Klasse.

Die preussische Gasfreundschaft. Vierzehn Personen sind wiederum als „lästige Ausländer“ aus Berlin ausgewiesen worden. 11 derselben sind österreichische resp. ungarische Staatsangehörige, die anderen drei gehören dem türkischen, russischen resp. rumänischen Staatsverbande an.

Sichersten steht, in England, hat die Polizei überhaupt kein Recht, Fremde aus dem Lande zu jagen.

Der geplante Gassenbau im Zoologischen Garten, der vor einiger Zeit die Aktionäre des Gartens lebhaft beschäftigte und dessen Ausführung daran scheiterte, daß er in der Generalversammlung nicht die Zustimmung der gesetzlich notwendigen Dreiviertelmehrheit fand, wird nun aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn auch in anderer Form, zur Ausführung kommen. Es hat sich eine besondere Gesellschaft gebildet, die auf einem bisher unbewegten Gelände des Zoologischen Gartens an der Hardenbergstraße Ausstellungs-, Konzert- und Gesellschaftssäle errichten will. All die Kosten für die Errichtung dieser Halle, die gleichzeitig dem in Berlin fühlbaren Mangel an großen Gesellschaftssälen abhelfen soll, wird die Gesellschaft tragen. Sie hat außerdem dem Zoologischen Garten eine jährliche Pachtsumme von 80 000 M., die nach 20 Jahren auf 100 000 M. erhöht wird, zu zahlen. Für die Aktionäre des Zoologischen Gartens, die, wie bereits mitgeteilt, in der außerordentlichen Generalversammlung am 16. Oktober darüber zu entscheiden haben, ob dieses Pachtverhältnis zustande kommt, kann kaum ein Bedenken vorliegen, dem Plane zuzustimmen. Kosten erwachsen aus seiner Verwirklichung den Aktionären des Zoologischen Gartens nicht. Dagegen fließt dem Garten eine bedeutende Pachtsumme jährlich zu und nach einer bestimmten Reihe von Jahren geht die Halle in seinen Besitz über. Da dem Zoologischen Garten nur die sogenannte superficies auf dem Boden zusteht, so hat das Staatsministerium seine Zustimmung zur Errichtung eines solchen Baues zu erteilen. Aber Staatsministerium sowohl wie Polizeipräsident haben keine grundsätzlichen Bedenken, sehen vielmehr dem Plane wohlwollend gegenüber. Man rechnet in beteiligten Kreisen auch auf die einstimmige Zustimmung der Aktionäre.

Der Generalarzt der Armee, Geheimer Obermedizinalrat Hermann Schaper, der frühere ärztliche Direktor des Charité-Krankenhauses, ist im 65. Lebensjahre in seiner Wohnung in Charlottenburg, Carmerstraße 6, gestorben. Geboren war Schaper zu Elbing am 10. September 1840. Im April d. J. schied er aus der Charité aus.

Die Firma H. Jandorf u. Co. erucht und mitzuteilen, daß die Straßenbahn-Abonnementsmarken schon jetzt in allen ihren Geschäften zu haben sind.

An den Beratungen des Internationalen Tuberkulose-Kongresses, der vom 2. bis 7. Oktober d. J. in Paris tagt, werden vom Vorstande der Landesversicherungsanstalt Berlin die Herren Dr. Freund und Stadtverordneter D. Neffe teilnehmen. Der Kongress wird am 2. Oktober durch den Präsidenten der Republik Soubet eröffnet werden.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle haben sich wiederum ereignet. Der Kaufmann Louke aus Rosenthal sprang in der Brunnenstraße in der Nähe der Kalkamerstraße von der Vorderplattform des Straßenbahnwagens 1892 der Linie 37 und fiel so unglücklich zu Boden, daß er mit dem Hinterkopfe auf das Straßenpflaster schlug und bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde mittels Droßke nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, woselbst der anwesende Arzt eine schwere Gehirnerschütterung feststellte. — Der Kaufmann Brühl aus der Mühlenstraße verlor sich an der Ecke der Prinzen- und Dresdenerstraße einen Straßenbahnwagen der Stadtrilllinie, der dort gehalten und sich bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte, zu besteigen. Er glitt hierbei vom Trittbrett ab und fiel so unglücklich neben dem Wagen zu Boden, daß er sich nicht wieder zu erheben vermochte. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation gebracht, woselbst der anwesende Arzt einen Knochenbruch feststellte, und von dort nach dem Krankenhaus Bethanien befördert.

Ein Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Wladimirstraße. Gegen 4 Uhr fuhr der Eigentümer Lohode, Lohringerstraße 16 wohnhaft, mit dem von ihm geführten Kraftwagen die Wladimirstraße entlang und versuchte dortselbst zu wenden. Hierbei stieß das Auto gegen einen in gleicher Richtung fahrenden Kollwagen, wurde umgeworfen und teilweise zertrümmert. Lohode und die Insassen des Wagens, Frau L. und ihr zehnjähriger Sohn Georg, stürzten auf den Fahrdamm. L. erlitt eine fast blutende Kopfverletzung, seine Frau Verletzungen am Arm und leichtere innere Verletzungen und der Knabe eine etwa 5 Zentimeter lange Wunde am Hinterkopfe. Die drei Verletzten wurden mittels Droßke nach der Unfallstation gebracht, konnten sich jedoch, nachdem sie verbunden waren, nach ihrer Wohnung begeben.

Straßensperrung. Die Ueberführung der Thierstraße über die Ringbahnleihe (sogen. „Schwarze Brücke“) wird behufs Reparatur des Bohlenbelages vom 23. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Brand bei einem Brande. Große Aufregung herrschte gestern (Dienstag) vormittag im Hause Besselftr. 31. Hier war in einem Keller Feuer entstanden, das erst erlosch, als dichter Rauch den Hof erfüllte. In wenigen Augenblicken war dann auch schon das Treppenhaus des Quergebäudes total verqualmt, so daß die Treppen nicht passiert werden konnten. Der zahlreich anwesende Feuerwehrgesellschaft eine große Panik. Besonders bedrängt waren zwei Kinder der Schuhmacherfamilie Verhey und eine Frau Köstling mit ihrem zehnjährigen Kinde. Brandmeister Hammer, der mit seinem Löscharge zuerst eintraf, schickte daher sofort Sappeure über die Treppen vor, die aber nur langsam wegen der enormen Verqualmung von Stufe zu Stufe emporsteigen konnten, während andere Feuerleute gleichzeitig Gassenleitgänge herstellten und über diese hinweg in die Wohnungen eindrangen und die verschiedenen Mieter beruhigten. In der obersten Wohnung fand man die sechsjährige Luise und den zehnjährigen Alfred bewußtlos vor. Der letztere hatte sich in seiner Todesangst unter das Sofa versteckt. Beide Kinder und ebenso die Frau Köstling mit ihrem Kinde wurden über die Treppen ins Freie gebracht, wo sich die Samariter ihrer sofort annahmen. Unablässig erloschen sich dann alle wieder. Die übrigen Mieter, durch Feuerwehrlente beruhigt, verblieben in ihren Wohnungen. Durch Einschlagen der Fenster war dem Qualm auch bald Abzug verschafft und nun ging es an die Löschung des Brandes. Sie konnte in kurzer Zeit erfolgen, nachdem ein mit einem Rauchschutapparat versehener Feuermann den eigentlichen Herd ermittelt hatte. Die Entschung des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Drauerewagen erfolgte gestern (Dienstag) mittag an der Ecke der Luisen- und Schumannstraße. Der Auwall war derart, daß ein Pferd stürzte und fest unter dem Vorderperron eingeklemmt wurde. Da das Tier trotz der größten Anstrengungen nicht aus seiner gefährlichen Lage befreit werden konnte, so wurde die Feuerwehrgesellschaft alarmiert. Diese hob mittels Winden den Motorwagen hoch, worauf das Pferd hervorgezogen wurde. Es hatte zahlreiche Knochenbrüche erlitten und wurde daher der Abdeckerlei überwiesen. Personen sind bei dem Zusammenstoß nicht zu Schaden gekommen.

Zwei böswillige Alarmierungen hatte die Feuerwehrgesellschaft in dieser Woche zu verzeichnen. Sie erfolgten zur Nachtzeit und zwar nach dem Rudolphplatz und nach der Reinickendorferstraße 31. Während es im ersten Falle dem Löcher gelang, zu entkommen, konnte im anderen Falle der Frevler gefaßt werden. Es ist ein russischer Staatsangehöriger namens Albert Steinert, der nun seiner Bestrafung entgegensteht.

Ein Blumendieb und Kirchhoffhändler wurde vorgestern zum zweitenmal festgenommen. Ein Mann namens Kurt Lehmann wurde vor einigen Tagen ergriffen, als er auf einem Friedhofe an der Brinzenallee die Grabhügel plünderte und mit den Blumen verschwinden wollte, um sie zu verkaufen. Bei einer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, dem die Kriminalpolizei ihn zugeführt

hatte, gelang es ihm, aus dem Untersuchungsgefängnis zu entweichen. Gleich lief er nach dem Tiergarten und plünderte die neuen Anlagen am Königsplatz und in der Siegelallee, wo er Blumen mit dem Stengel aus der Erde riß. Hier ergriff ihn das Publikum und die Kriminalpolizei brachte ihn wieder nach Moabit, bevor noch ein neuer Haftbefehl ausgefertigt war.

Verloren gegangen ist am Sonntagnachmittag zwischen Ader- und Vorflstraße ein Bezirksklassierbuch Norden II nebst Marken. Der ehrliche Finder wird gebeten, das Buch entweder Weidenerstr. 14 oder Holzmarktstr. 40 bei Koch abzugeben oder es per Post zuzusenden. Untosien werden gern zurückerstattet.

Selbstmordversuch. In einer Bedürfnisanstalt am Koppenplatz verfuhr gestern in der fünftägigen Nachmittagsstunde der Krankenpfleger Hermann Siegel durch einen Selbstmord in die letzte Irre seines Lebens ein Ziel zu setzen. Durch einen Schußmann wurde der Lebensmüde in das nahegelegene jüdische Krankenhaus gebracht, wo die Angel jedoch nicht entfernt werden konnte. Was den erst 30jährigen Inglücklichen, der bei einem Bruder am Bethanien-Ufer wohnt, zu der Tat veranlaßt, verschwie er hartnäckig. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Direktor Archenhold, der von der Expedition nach Spanien zur Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis zurückgekehrt ist, wird über seine Beobachtungen am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, auf der Treppe Sternwarte im „Verein von Freunden der Treppe Sternwarte“ unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder einen Vortrag halten. — In diesem Vortrag wird die Ausrichtung der Expedition, sowie die 10 Meter lange Camera, die Schutzkappe und das Kymographische Apparatur-Bischofmetrie in Lichtbildern vorgeführt. Von den Aufnahmen der Corona und der Protuberanzen, die mit dem langbrennweitigen Heesleichen Objektiv von Dir. Archenhold gemacht worden sind, sind bereits zwei Aufnahmen im neuesten Heft der illustrierten Zeitschrift „Das Weltall“ erschienen und werden die übrigen im Vortrag vorgeführt werden. Eine Schilderung über den Aufbau der Instrumente in Burgos und über den Besuch der Station durch König Alfons XIII. steht mit auf der Tagesordnung. Gäste haben Zutritt.

Theater. Zwischen Dir. Ferenczy und dem William Löwe-Ensemble ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach das Löwe-Ensemble jeden Sonnabend 8 Uhr im Zentral-Theater klassisches Werke zur Aufführung bringen wird. Schüler ziehen auf allen Plätzen 60 Pf. Als erste Vorstellung gelangen „Die Räuber“ am Sonnabend, 7. Oktober 3 Uhr zur Aufführung. — Luisen-Theater. Heute Mittwoch geht zum erstenmal Jacobsons „Der Mann im Monde“ in Szene, die Hauptrollen sind wie folgt besetzt: die Damen: Wille, Vah, Ribby, Hästel, Schulz; die Herren: Güner, Kinkel, Meier. Freitag, 29. September, wird „Der Mann im Monde“ wiederholt. — Im Trianon-Theater ist der von Adolf Steinert inszenierte Schwan „Madame Lerora“, welcher am Donnerstag zum erstenmal zur Aufführung gelangt, in den Hauptrollen mit den Damen Helene Brandt-Schille, Else v. Müllersheim, Margarete Kühner, Klara Rollend, Grete Carlsen und mit den Herren Hans Junternam, Julius Sachs, Julius Strobl, Max Laurence und Hans Senius besetzt.

Vorort-Nachrichten.

Die zwangsweise Leichenschau, welche durch Kreispolizei-Verordnung vom 21. März d. J. angeordnet wurde und am 1. Oktober in Kraft treten soll, löst noch im letzten Moment auf erhebliche Schwierigkeiten. Man schreibt uns darüber: Das Landratsamt hatte den Gemeindevorsteher aufgegeben, rechtzeitig mit einem Arzte ein Abkommen zu treffen, wonach dieser die Leichenschau in der betreffenden Gemeinde auszuüben sich verpflichtet. Dieser Anordnung dürften bisher nur wenige Gemeinden genügt haben, da die dem Teltower Kreispolizeibereich angehörigen Mitglieder ein Abkommen auf Grund der erwähnten Kreispolizei-Verordnung abgelehnt haben. Diese bestimmt in ihrem § 7: „Für die Beschäftigung der Leiche und die Ausstellung des Leichenschau-scheines gilt im Zweifel für die amtlich bestellten Leichenschauer die Taxe für einen ärztlichen Besuch. Im Falle nachgewiesener Armut der verpflichteten Angehörigen des Verstorbenen zählt der Kreis für jeden Leichenschauschein zwei Mark.“ Gegen diese Bestimmung richtet sich der Widerspruch der Ärzte. Die Leichenschau und die Ausstellung des Leichenschau-scheines wird nach der Polizeiverordnung ein dringendes und eiliges ärztliches Geschäft, da der Leichenschau-schein auch dem Standesbeamten zur Einsicht vorgelegt werden muß, dieser also die erforderliche Todesbescheinigung zur Erhebung von Sterbegeldern und so weiter nicht früher erteilen kann. In den ländlichen Bezirken muß also der Arzt, nötigenfalls unter Zurücksetzung seiner anderweitigen Praxis, unter Umständen einen weiten Weg machen, das Führer bezahlen, die Leichenschau vornehmen, den Schein ausstellen, alles für zwei Mark aus der Kreiskasse. In den Gemeinden mit dichter Bevölkerung mag sich ja die Sache für den Leichenschauer etwas günstiger gestalten. Nun werden aber auch gegen den oben erwähnten § 7 namentlich seiner Form wegen rechtliche Bedenken erhoben. Die Gebührentaxe für Ärzte betruft auf ministeriellem Erlass (des Kultusministers vom 16. Mai 1896); sie läßt allerdings Vereinbarung über das Arztgehalt zu, aber es ist — so führen die Ärzte aus — nicht angängig, daß eine nachgeordnete Instanz für eine von ihr geforderte ärztliche Tätigkeit diesen Betrag festsetzt, der unter Umständen kaum ein Drittel der vorgeschriebenen Mindesttaxe, ja, wenn Kilometergelder zu berechnen sind, einen noch geringeren Bruchteil der Taxe beträgt. Die Ärzte erwarten nun, daß der hiesige § 7 der Polizeiverordnung außer Kraft gesetzt werde; für kleinere ländliche Gemeinden hat er wenig praktische Bedeutung, da dort Jahre vergehen können, ehe ein Todesfall eintritt, wo der beamtete Leichenschauer als solcher zu fungieren hat; der behandelnde Arzt ist stets zur Ausstellung des Leichenschau-scheines für eine von ihm vorher behandelte verstorbene Person befugt. Den Gemeinden mit größerer Einwohnerzahl könnte es dann überlassen bleiben, wegen der Honorierung ihres Leichenschauers mit diesem ein Abkommen zu treffen.

Friedrichshagen.

Die Straßenbahn-Verbindung Köpenick-Friedrichshagen ist nunmehr gesichert. Der Stadtverordneten-Ausschuß von Köpenick hat in seiner letzten Sitzung das Projekt einer Umwandlung der Friedrichshagener Pferdebahn in eine elektrische Straßenbahn und deren Durchführung bis Köpenick genehmigt und den mit der Gemeinde Friedrichshagen zu schließenden Vertrag anerkannt. In der Sitzung wurde die Antiführung sowie der Fahrpreis festgelegt, über die Weiterführung der Strecke in Köpenick aber ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt. Jedenfalls werden die Voraussetzungen für die besonders für den Berliner Ausflügerverkehr wichtige Linie noch im Spätherbst in Angriff genommen.

Rahnsdorf.

Ein neuer Hafen an der Oderpree ist in Rahnsdorf erbaut und am Sonntag feierlichst eingeweiht und dem Verkehr übergeben worden. Der neue Hafen ist auf der linken Seite von Rahnsdorf etwa 1000 Meter vor der Mündung der Pree in den Müggelsee auf den Spreewiesen ausgestochen und dicht an der Straße mit einem gepflasterten Stätteplatz versehen. Mit diesem Bau ist einem dringenden Bedürfnis abgeholfen worden, da die angrenzenden aufblühenden Nachbarorte wie Rahnsdorf-Mühle, Wilhelmshagen, Pichtennau, Schöneiche usw. ihre Baumaterialien bisher von dem eine Meile entfernt liegenden Friedrichshagen oder Eckner anfahren lassen mußten. Zur Feier der Einweihung hatte das urale Fischerdorf Ortland und Rahnsdorf angelegt, auf dem Stätteplatz selbst war ein festlich geschmücktes Podium aufgestellt, auf welchem

Herr Gemeindevorsteher Jnhoff und der zweite Vorsitzende des Ortsvereins, Herr Lehrer Strelow, in markigen Worten der Notwendigkeit und Bedeutung der Hafenanlagen gedenkten.

Potsdam.

Reservisten als Mater. Der Militarismus übt außer seinen direkten Schädigungen auf die Volkswirtschaft noch viele indirekte aus indem er den Unternehmern ins Handwerk pfuscht und die Soldaten zu gewerblichen Arbeiten benutz. Dienen diese meist auch nur den militärischen Anlagen, so beweist doch die Verwendung von Soldaten resp. Reservisten zu allerhand Arbeiten, die mit dem Kriegshandwerk weder direkt noch indirekt etwas zu tun haben, daß entweder die Dienstzeit noch verlängert werden kann, die Lehungen überflüssig oder mindestens zu oft und zu lange stattfinden, oder daß ein Teil der Aushebungen resp. Einziehungen zu Lehungen nur mit dem Erfolg geschieht, billige Handwerker zu bekommen. Diese Konkurrenz übt die Militärverwaltung z. B. in Potsdam aus, wo der Neuantrieb des Garnison-Azaretts durch Reservisten befragt wird. Unter diesen befinden sich auch Berufsmaler, die als Krankenwärter ausgebildet und nun zu einer sechswochentlichen Lehung (nicht als Maler, sondern als Sanitäts-soldaten) eingezogen waren.

Dabei handelt es sich bei dieser Malerarbeit am Garnison-Azaretz nicht etwa bloß um kleinere Anstriche, sondern um den Anstrich des ganzen inneren Gebäudes, also um eine sehr lange dauernde Arbeit. — Schon zu wiederholten Malen sind in dieser Beziehung gerade von Malermeistern Klagen erhoben worden; um so verwunderlicher ist es aber dann, wenn diese die Klagen um so weniger hören, auf die sie als Steuerzahler ein gutes Recht haben. Die Malerinnung ist doch sonst auf dem Plan, wenn es sich darum handelt, gegen die Gehälfe in Front zu machen. Hier haben die Herren Gelegenheit, für „Ordnung im Gewerbe“ zu sorgen.

Die Lösung der Fleischnotfrage ist in der Ergründung der Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung „programmgemäß“ erledigt worden und zwar durch Uebertragung zur Tagesordnung. Zwar hatte die Vorführung der Komodie nicht ganz, da der Magistrat vom Verger des Referenten, Stadtverordneten Töpfer, seinen Antrag auf Bildung eines gemischten Ausschusses vor zwölf Mitgliedern zur Beratung von Maßnahmen gegen die Fleischnot kurz vor der Beendigung des Referats zurückzog, sonst war aber die Sitzung über die „Schweineerei“, von Herrn Töpfer so genannt, ein Schauspiel für Götter. Das nötige Stroh zum Betriebe derselben wurde reichlich gedrosen. Trotzdem erklärte sich Herr Töpfer gegen das Projekt des Regierungsekretärs a. D. Kauer, der in seinem Antrage der Stadt die Anlage einer eigenen Schweinemästerei empfohlen hatte, also ein Stück Gemeindefeudalismus zu verwirklichen wollte. Zur Vermeidung von „uferlosen Debatten“ hielt es der Referent von vornherein für zweckmäßig, nicht „zum Fenster hinaus“ zu sprechen. Eine Fleischnot bestehe allerdings, und alle Resolutionen und Petitionen vereinigen sich zu der Forderung an die Regierung um Öffnung der Grenzen. Ob ein solcher Antrag aber von einer Stadt wie Potsdam gerade, die noch die Schlachtkästerei habe, zu stellen sei, wäre zweifelhaft. — Zur Begründung seiner Resolution, die die Teilnahme Potsdams an einem gemeinsamen Vorgehen der preussischen Städte, in unbedinglicher Form notwendig, forderte, führte der Stadtverordnete Dr. Friedländer hierauf aus, daß die Stadt Potsdam, welche noch unter einer der ungerechtesten Steuern, der Schlachtsteuer, zu leiden habe, sich in einer besonderen Kollage befinde. Daß Herr von Poddieck, der größte Schweinezüchter in Preußen, nichts von einer Fleischnot entbeden könne, sei bei seinem auskömmlichen Gehalt, angenehmer Dienstwohnung usw. wohl verständlich. Da es aber noch Leute gebe, die weniger Einkommen, ja viel weniger (sogar als der Herr Justizrat, der Berichterstatter) hätten, so sei damit zu rechnen. Die von der Potsdamer Fleischernnung u. a. beantragte sofortige Aufhebung der Schlachtsteuer sei aber trotzdem nicht zu empfehlen, denn die dadurch notwendige Erhöhung der direkten Steuern sei eben nicht nach jedermanns Geschmack. Bis zum Ablauf der Schlachtsteuer im Jahre 1910 seien vielleicht andere (1) Verhältnisse eingetreten und womöglich aus den städtischen Anlagen (Elektrizitätswerk usw.) Ueberschüsse vorhanden, die einen Ausgleich bringen würden. Sehr wegwertend äußerte sich dann Herr Friedländer noch über die Resolutionen der Volksversammlungen, die für die Kommune (soll heißen: Stadtverordnete und Magistrat) nicht maßgebend seien. Nun, vielleicht kommt auch für die Potsdamer Stadtverwaltung einmal die Zeit, wo sie sich dazu bequemen wird, mit den Wünschen des „Volkes“ zu rechnen. — Dafür rechnete vorläufig Herr Prochlich, der antientimische Reichstagsabgeordnete, recht kräftig mit den monatelang „badenden“ Ministern ab. Schuld an der Fleischnot seien besonders die Vieh-Großhändler. — Für den Antrag Friedländer sprach sich natürlich der konservative Reichstagsabgeordnete Pauli aus, der sich bemühte, mit vielen Ziffern und wenig Geist die Agrarier herauszubauen. — Nach der Annahme dreier Resolutionen von Dr. Friedländer, Rechtsanwält Riemken und Ingenieur Artelt, von denen die erste die Stadt zur Beteiligung an dem Vorgehen der preussischen Kommunen gegen die Regierung, die zweite diese ersucht, Abhilfe der Fleischnot zu schaffen, die Steuerursachen zu „ermitteln“ und eine Wiederkehr der Verteuerung zu verhindern, die dritte Resolution die Fleischsteuer „tief besetzt“, die im Interesse der mittleren und niederen Bevölkerung soviel und sobald als möglich beseitigt werden muß, aber als „vorübergehende Erscheinung“ dem Stadtschatz keinen Schaden dadurch bringen dürfe, daß die Schlachtsteuer vor dem Jahre 1910 aufgehoben werde, — schloß die zweijährige Rederei mit dem Uebergang zur Tagesordnung über die Schlachtsteuer. Für diese würden wir zur nächsten Sitzung empfehlen: Antrag auf Verlängerung der Fleischsteuer bis zum Jahre 1917. Das wäre eher nach dem Geschmack der Potsdamer Stadtväter, nicht wahr?!

Teltow.

Der Totschlag an dem Kanalarbeiter Stanislaus Bodend, der, wie wir vor einigen Wochen berichteten, am Dübeler Wege bei einer Schlägerei erloschen wurde, scheint nun seine Sühne zu finden. Lichterfelder Polizeibeamten ist es geglückt, die Täter in den Personen der galtigen Kanalarbeiter Stanislaus Rog und Jakob Blunder festzunehmen. Die beiden wurden in einer Erdhöhle an der Stabettanstraße aufgespürt, wo sie seit der Totschlagoffäre gehaust und ihren Lebensunterhalt durch Diebstähle in der Nachbarschaft ermöglichten. Die Newbies wurden nach Recht gebracht. Ein gewisser Smigel, der ebenfalls an der Schlägerei beteiligt war, ist in Jekendorf verhaftet worden.

Die Ortsgruppe Berlin des deutschen Arbeiter-Abkominenbundes hat zu heute abend drei öffentliche Versammlungen abgehalten, in welchen über das Thema „Wohlfahrt und Arbeiterkassen“ referiert wird und zwar bei Keller, Rappent. 29, Graumanns Festh., Rappent. 27 und zum Bolschem, Aderstr. 123. (Siehe Anzeiger der Dienstagsnummer.) Bei dem wachsenden Interesse, welches dieses Thema hervorruft, ist der Besuch dieser Versammlungen zu empfehlen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-70 pr. 100 Pfd., IIa 56-63, IIIa 50-56, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 84-90, IIa 72-84, IIIa 60-70, Hammelfleisch Ia 63-76, IIa 56-65. Schweinefleisch 65-72. Rindfleisch Stück 60-100 Pfd. Rothsch. „Stück 30-43 Pfd. Rothsch., junge Ia 0,75 bis 1,00, junge IIa 0,50-0,75, junge keine 0,30-0,50, alte Ia 0,60-0,72, alte IIa 0,50-0,55. Kalber, alte 0,80-1,00, junge 0,60-1,00 das Stück. Tauden, junge 0,40-0,50, alte 0,20-0,30. Enten, junge 1,50-2,50. Gänse, junge Ia 3,50-4,20, IIa 2,50-3,50, Ia 0,48-0,60 das Pfd., Rechte 118-123 Pfd., Schale, 118-127 Pfd., Kalk, groß 95, klein 40-48, dänische 62-63, Karpen 74-78, Raß 150, Schellfische 19, Runder 8-11, Wägen 28-30 Pfd. pro 100 Pfd. Schottische Bollerlinge (gekauten) 40-44 Pfd. Röhre, keine, Schod 0,60-0,60, unsortiert 0,60-0,60. Eier, Schod 3,50 bis 4,00, Butter, pro 100 Pfd. Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, ablaufende 100-108. Kartoffeln, pr. 100 Pfd. rote 1,70-2,00, Rollen 1,50-1,75, klau 0,60-0,60, runde weiße 1,50-2,00. Würstlingsöl, pr. Schod 3,00-6,00, Weißöl 2,00-5,00, Rottöl 3,00-6,00. Saure Gurken, neue Schod 2,-.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
 Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen
 von Franz Grillparzer.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
 Schiller-Theater N. (Friedr. Büß. Th.).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
 Schwank in 3 Akten von Carl Raup
 und Curt Kraak.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. Min. v. Bf. Börs.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das brillante September-Programm.
Les Miltons
 Rockpantomime
Fred Steff
 Ueberzirkus
Per Rohrpost
 Schwank
 und 9 weitere Spezialitäten.
 Familienarien sind in allen
 Partien, Fricur u. Paaren
 gefächelt sowie im Theater-
 bureau unentgeltlich zu haben.

Unserem Kollegen, dem zweitältesten Berliner Tischler
Vater Richter
 zu seinem 75jährigen Geburtstag ein
dreimaliges Hoch!
Die Kollegen der Firma E. Gossow,
 2065b Teltowerstr. 53.

Danfugung.
 Für die rege Teilnahme und
 Unterstützung bei der Beerdigung
 meines lieben Mannes (siehe alle
 Kollegen, Freunde und Bekannten
 meinen innigsten Dank.
 Frau **Berta Bonin**
 nebst Kindern.
Dr. Simmel, Prinzen
 Str. 41,
 Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Colosseum
 Dresdenstraße 97.
 Sonnabend, 30. September, 8 Uhr abends
Premiere
 das einzig dastehenden, nur humoristischen Programms.
16 Spezialitäten:
 der urkomische Bendix, Littken Carlson, Wally Walborg,
 der „gemütliche Sachse“ Hochgemuth etc. etc. 43842*

Zirkus
Albert Schumann
 Heute abend präz. 7 1/2 Uhr:
 Granda Soirée équestre Elite-Prgr.
 u. a.: Neu! Die größte Truppe der
 Gegenwart! **40 Russen** aus der
 Randbüchel. — Neu und originell!
Luft-Ringkampf
 ausgeführt von
12 Amerikanerinnen u. Engländerinnen
 Neue originelle Sportspele!
 1. Das Rahmenpiel. 2. Die phäno-
 menale Raftabau-Ruffschau, aus-
 geführt von Weibern.
 Die unübertrefflichen
John und Louis Boller
 mit ihrem noch nie gesehenen
Vor- und Rückwärts-Saltomortale
 mit dem Sprinad.
 Das einzig existierende einen halben
 Saltomortale schlingende Pferd.
 Ferner: Direktor Alb. Schumanns
 neueste Kompositionen und die
 großartigen Spezialitäten.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
 Zum 7. Male:
Mexiko.
 Große Ausstattung - Panto-
 mime aus dem mexikanischen
 Pflanzorlohen.
 Inszeniert vom Kommissions-
 rat Busch. Verfaßt und ein-
 studiert von Herrn Burkhardt-
 Feoßtt. Tänze vom italienisch
 Hofballettmstr. Ottavi. Musik
 vom Kapellmstr. Taubert.
Die Helden vom Yalu u. Port Arthur
 in ihren milit. Infanterie-Exerzition.
Japanische Infanterie.
 Ausgesuchte Repräsentanten der
 Armee des Mikado.
Vier Soeurs Atletas.
 Avis! Morgen Donnerstag,
 abends 7 1/2 Uhr: Wahlleistungs-
 Vorstellung zum Besten der bei
 dem Erdbeben in Calabrien heim-
 gesuchten notleidenden Familien.
 Der Reinertrag wird der kgl.
 italien. Botschaft überwiesen.

Etablissement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
 Regelmäßig noch frei.

Gustav Behrens
 Spezialitäten-
 Theater
 Frankfurter-
 Allee 85.
Neues Programm.
 Kolossaler Erfolg von
Eine Berliner Range.
 Posse mit Gesang.
 16 Spezialitäten-Nummern.
 41752*

Sofastoffe
 Riosenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Mocquettes,
 Plüsch, Satteltaschen.
 Musterb. näher Angabe franko.
Berlin, Oranienstr. 158.
 Emil Lefèvre, 41752*

Belle-Alliance
 Theater.
Variété!
 Das Eröffnungs-
 Programm ist die
 Sensation Berlins.
Premiere
 Sonnabend, 30. Septbr.,
 abends 8 Uhr.
The belle Actoria,
Liane Leischner,
Edi Blum,
 Renards russische Hundo-Mouto.
Leo Billward.
 The 3 Onkeys.
Rose und Jehan.
 Sol-Do. Ital. Opera-Parodisten.
Fidelio-Quartett.
 Geschw. Mertens.
 James und Maud Thomas.
 Wehlfried Sextett. 37/3
Vorverkauf ist eröffnet.
 Billetts sind an der Theater-
 Kasse vorm. 10-2 Uhr u. bei
 A. Wertheim zu haben.
Sonnabend, 30. Septbr.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
 Zum 157. Male:
Die
Meyerhains.
 Komödie in drei Akten mit den
 Autoren
 Anton und Donat Herrnfeld
 in den Hauptrollen.
 Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
 In Vorbereitung:
Der Familientag.
 Eine Erbschaftskomödie von Anton
 und Donat Herrnfeld.

Bernhard Rose-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 53.
 Heute: **Geschlossen.**
 Freitag, den 29. September er.:
Die Falschmünzer
 oder: **Nacht und Morgen.**
 Drama in 4 Akten (8 Bildern)
 von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
 Preise der Plätze wie gewöhnlich.
 Sonntag, den 1. Oktober: Die
 beiden Reichenmüller.

Otto Pritzkows
 Berliner
Abnormitäten-Theater
 Münzstr. 16.
Skelet-Mensch
 der einzig existierende, ohne Kon-
 servierung, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.
Mne-Mno-Mni ???
 Entree 20 Pf.

ELYSIUM.
 Kommandantenstr. 3-4.
 Vollständig neu renoviert. ☉
 Auftreten v. 30 erstklassigen
 intern. Spezialitäten.
 Geöffnet von 10 Uhr früh bis
 12 Uhr nachts.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Säger.
 Anfang:
 8 Uhr,
 8 Uhr,
 7 Uhr.

Metropol-Theater
 Präzise 8 Uhr
 zum 19. Male:
!Auf - in's Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang u.
 Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
 Musik von Viktor Hollaender.
 Dirigent Kapellmeister Max Roth.
 In Szene gesetzt von Direktor
 Richard Schultz.
Walden a. D. x M16 Clifford a. D.
Bender x Glampietro
Josephi x Massary x Frid-Frid
Steidl x Lilly Walter.
 Rauchen in all. Räumen gestattet.
 Anfang 8 Uhr.

Auf Teilzahlung!!
 kaufen Sie gut und reell
 wöchentlich 1 M. an
Teppiche, Stoppdecken,
Bettwäsche etc., Portieren,
Gardinen. 35/2*
 Polstermöbel, Sprechmaschinen
 Kopernikusstr. 21 I.
G. Steinke, Badstr. 24/24a/24b/24c

CREDIT
AnALLE
Möbel
 Spezialität:
 Solide, bürgerl. Einrichtungen
 von 250-3500 Mark
 Bar
 oder Teilzahlung
 Kein Laden. Reelle Waren
 Gar. Unkosten Niedr. Preise
 Kleiner Nutzen Kulants-Beding.
 Berlin NO.,
 Gr. Frankfurter Str. 45/46.

Wilhelm
Misch

Seltener
Gelegenheitskauf.
 Zum Umzuge
 Saal- Teppiche = 50, 65 bis 90 Mk.
 Salon- Teppiche = 30, 40 bis 65 Mk.
 Speise- Teppiche = 25, 30 bis 50 Mk.
 Wohn- Zimmer- Teppiche = 20, 25 bis 35 Mk.
 Herren- Teppiche = 15, 18 bis 25 Mk.
 Sofa- Teppiche = 6, 8 bis 14 Mk.
 Bett- Teppiche = 1.25, 2.50 bis 5 Mk.
 Außerdem offeriere die bei der Inventur zurückgeblieben circa
680 zina prima echt Velours (kein
 echt **Tournao,** echt **Brüffel** sowie **echte**
Smyrna- und Perser-Teppiche, hand-
 gewirkt, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit kleinen, un-
 merklichen Mängeln, jetzt zum
Umzuge für die Hälfte des regulären Wertes.
Teppich-Haus 43232*
B. Hurwitz, Rotes Schloß,
 vis-à-vis dem National-Denkmal.
 Telephon Amt I, 6311.

Durch die außerordentlich geschickte Mischung der
 feinsten türkischen Tabake ist die
**Kapitän-
 Zigarette**
 in Qualität unerreicht; man fordere sich ausdrücklich
 diese Marke.
C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt VII Nr. 3861.

„Dänischer Kapitän-Kautabak“
 — — geistlich geschäft 75 658 — —
 Alleinverkauf: **C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.**
 Größtes Lager aller gangbaren Zigaretten-Marken.
Nordhäuser Kautabak.
Schnupf- und Rauchtobak engros.

Schwarzer Adler
 Friedrichsberg. Frankfurter-
 Hempdächer Nr. 8. Chaussee 5.
 Jeden Mittwoch: **Große Soiree der**
führmann-Walde-Sänger
 Nach der Vorstellung: 41281*
Familien-Kränzchen.
 Donnerstag, den 5. Oktober: **Gr. Extra-Militär-
 Streich-Konzert, Walzer- u. Operetten-Abend.**
 Bond haben Gültigkeit. Gebr. Arnhold.

Café Meyer Vereinssäle
 Dresdenstr. 129/29. (Bühne), 300 Personen, (mit Sonn-
 abend, 11. resp. 18. November,
 in 50 Zeitungen; 2 Billards Sid. 40
 Zehntel Sonntag, noch zu vergeben.
 Zahlstelle der Freien Volksbühne. Kommandantenstr. 72, Klubhaus.

JAPANS PERLE.
 Felner S. & R. Deli Sumatra-Decker, leicht, blumig und angenehm Mk. 50.— p. Mille.
Mit dieser neu eingeführten Force-Marke erzielen wir durchschlagenden Erfolg!
 Ziel 2 Monate oder länger nach Verabreichung. Sendungen über M. 15.— franko. Garantie: 4000 natürlich beglückte Anmerkungen.
**Klever & Werres, Geldern (Nieder-
 und Tabakschneiderel rhein)**

Selten günstige Gelegenheit!
 Des bevorstehenden Umzugs wegen
 stehenden Teppiche, Sofas, große
 um schnell zu räumen:
 Teppiche, Sofa-Größe 3,50 bis 7,50
 auch für größere Zimmer 8,50 — 25,00
 Teppiche, auch Salon-Größe, in
 prima Velour u. and. Prima-Qualitäten
 27,50, 32,50, 37,50, 45,00 etc.
 Steppdecken, gute Arbeit und
 Einlage, 3,00 3,50
 pr. Stoffe 4,50, 6,50, 7,50, 9,50 etc.
 Gardinen u. Stores, große Auswahl,
 Fenster 2,50, 3,50, 4,50, 6,50,
 7,50, 9,50 etc.
 auch in Erbstoff u. Spachtel sehr
 billig
 Portieren in Plüsch und Tuch,
 abgepaßt für Fenster
 und Türe, kom. 4,00, 5,00, 6,50, 8,50 etc.
 Tischdecken in Plüsch, Tuch
 und Wolle 2,50, 3,50,
 4,00, 4,50, 5,50, 6,50, 7,00,
 8,00, 9,00 etc.
 Läuferstoffe in großer Auswahl.
 für die Hälfte.

Teppichhaus Rosenberg
 82 Landsbergerstr. 82.

Zum
Umzuge
 offeriere einen großen Posten
 neu eingetroffener
**la. Velours-
 Teppiche.**
 Sofagröße M. 10.50
 Zimmergröße „ 22.50
 Salongröße „ 37.50
 Saalgröße „ 65.00
 Ferner hochelegante
 Portieren u. Dekorationen.
Gardinen, Stores,
 Restbestände 1-6 Zentner.
Steppdecken in allen
 Farben.
 Tisch-, Diwan-, Schlaf-
 und Reisedecken,
 Läufer u. Möbelstoffe
 kommen soweit der Vorrat
 reicht zu enorm billigen
 Preisen zum Verkauf.

Teppich-Engros-Haus
Hermann Bursch
 Spandauerstr. 65-67,
 I. u. II. Etage. Kein Laden.
 Zwischen Kaiser Wilhelm- und
 Bischofstraße. 30/12*

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert
 elegante fertige
Herren-Garderoben.
 Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Große Frankfurter Str. 37, II,
 Eingang Straußberger Platz.
Dr. Schönemann,
 Spezialarzt für (41022*)
Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten,
 Seyditzstr. 9, dicht am Spittelmarkt.
 Sonntags 1/2, 12-4, 3, 1/2, 6-1/2, 8.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Südost.

Mittwoch, den 27. September, abends 8 Uhr, in der „Arania“, Wrangelstr. 10/11:

Oeffentliche Versammlung.

Auf der Tagesordnung steht:

Ein Siedhilder-Vortrag des Genossen Grempe über die heutigen Zustände in Rußland.

Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlung statt. Zahlreichen Besuch erwarten

Frauen haben Zutritt. Die Vertrauensleute. 244/20*

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 29. September, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

in den Germania-Sälen, Chausseest. 103.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Diskussion über:

„Weltanschauung und Taktik des Proletariats (Generalstreik).“

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 249/19

Der Vorstand.

Zahlreichen Besuch erwartet
NB. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission ist unter Angabe der vorliegenden Gründe über die ausnahmsweise Abweichung vom Dienstag verständigt worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Köpfitz, Pichelsdorferstr. 39:

Bezirks-Versammlung für Spandau und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Buse über: Das Soziallohnrecht der deutschen Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Einsetzer!

Donnerstag, den 28. September ex., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Robert Ahrends über sozialpolitische Gesetzgebung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Kollegen werden erjucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Zu beachten! Die Unterjählungen aus dem Extrastunde werden jeden Sonnabend zwischen 7-8 Uhr im Gewerkschaftshause durch den Kollegen Mittag an den Berechtigten ausgezahlt.

Der Obmann.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Träger und Hilfsarbeiter der Firma Häsel!

Mittwoch, den 27. September, abends 8 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Benthstr. 19/20:

Versammlung

aller bei der Firma beschäftigten Bauhilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:

Die Antwort der Firma auf unsere eingereichte Forderung und welche Stellung nehmen wir derselben gegenüber ein? Interne Angelegenheiten. Kollegen! Da es sich um die Entscheidung über die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Lage handelt, ist das Erscheinen aller Beteiligten erforderlich.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Boxhagen-Rummelsburg.

Freitag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal der Witwe Weigel, Türschmidstr. 45:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag. 2. Stellungnahme zur Kreisikonferenz. 3. Wahl der Delegierten. 4. Angelegenheit von Schonert. 5. Vereinsangelegenheit.

Der wichtigen Tagesordnung wegen wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch steht entgegen

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Palast-Theater“, Wolfgang- und Burgstraße Ecke:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Endgültige Beschlußfassung zur Durchführung unserer für das Jahr 1905/6 an die Unternehmer gerichteten Forderungen.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Vorstand.

NB. Da es der „Berliner Betonverein“ abgelehnt hat, mit den Vertretern unserer Organisation wegen unserer Forderungen zu unterhandeln, so beauftragte die General-Versammlung am 15. d. M. den Vorstand, den Arbeitgeber unserer Branche die Forderungen nochmals einzeln zu unterbreiten. Im weiteren erklärte die Versammlung, daß am Montag, den 3. Oktober, bei allen Unternehmern, welche die Forderungen bewilligt haben, weitergearbeitet werden soll. Auf Grund dieses Beschlusses halten wir es für notwendig, daß unsere Kollegen im Laufe der Woche, hauptsächlich am Sonnabend, den 30. September, ihrem Unternehmer nochmals die Frage ob er die Forderungen bewilligen will, vorlegen. In der Versammlung am Sonntag werden die Unternehmer welche die Forderungen bewilligt haben, bekanntzugeben. Die Kollegen sind nun verpflichtet, und bis Sonnabend abend 7 Uhr jeden Unternehmer, der die Forderungen bewilligt hat, zu melden.

D. C.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Mittwoch, den 27. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Zaal 8):

Mitglieder-Versammlung

der Sektion der Fliesenleger des Zentral-Verbandes der Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Der neue Vertrag der Freien Vereinigung der Fliesenleger und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Merke Kollegen! Obige Tagesordnung sollte bei jedem im Fliesenlegerberufe beschäftigten Kollegen das größte Interesse erwecken. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Sektionsvorstand, F. U.: Felix Breiste.

Spezial-Geschäft für Uhren.



- 1 neue Uhr-Jeder Ia 75 Bfg.
- 1 neue Uhr-Kopiel 15 Bfg.
- 1 neues Uhr-Glas 10 Bfg.
- 1 neuer Uhr-Ring 10 Bfg.
- 1 neuer Uhr-Geiger 10 Bfg.
- 1 neuer Uhr-Schlüssel 5 Bfg.
- Neue Uhren in größter Auswahl, genau reguliert.

E. Möbis,

14 Benthstr. 14

(am Spittelmarkt). Zweites Geschäft: Koppenstr. 82.

Genossinnen! Genossen! Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 27. d. M., abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Tagesordnung:

Bericht der Delegierten vom Parteitag. — Bericht der Vertrauenspersonen und Neuwahl derselben. — Wahl der Delegierten zur Brandenburger Konferenz. — Verschiedenes.

Um recht rege Beteiligung ersuchen

Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Rohrer! Achtung!

Donnerstag, den 28. September, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Bekanntgabe der eingelaufenen Antworten der Arbeitgeber und unsere weitere Stellungnahme. Es ist Ehrenpflicht aller Kollegen nebst Frauen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Die Lohnkommission. Bureau: Dragonerstr. 15.

Raucht

Tassi-

Cigarettes.

4061L*

Möbel- und Polsterwaren Th. Knorn, Gerichtst. 10

am Hochplatz. Größte Auswahl in kompletten Wohnungs-einrichtungen von 350 Mark aufwärts, bunte Küchen schon von 56 Mark an. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 43332*

Möbel. Billige Bezugsquelle von Garnituren, Vaneellofas, Muschellofas, Schloßfas, Chaiselongues, Vertikalen mit Matrasse, Kleiderstühle, Vertikale, Spiegel in reicher Ausführung. Langjahr. Gar. Neumann, Tapez., Oranienstr. 202.

Stuhlflecht- rohr in vorzüglicher Qualität. Stuhlflechtlager Wallstr. 16.

Steppdecken

Man kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.

S. Strohmandel, Berlin 14. Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Als ein durch tausende von Dankeschreiben anerkanntes Mittel gegen Magenleiden aller Art empfehlen wir den echten Indischen Kräuter-Magen-Likör. Allein zu beziehen: 34/17* Gebr. Kohn, Hannover. In d. Folge 4. Jede Auskunft m. gern kostenlos erteilt.

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren.

Eigene Tischlerei. [43132*]

NW., Turmstr. 45.

Eigene Werkstatt.

Um zu beweisen

daß wir zu spottbilligen Preisen verkaufen, bringen wir diese Woche im

Total-Ausverkauf

- Einen Posten Herren-Anzüge, garantiert prima Qualität, unerreicht Stück 16.75 Mk.
- Einen Posten Herren-Anzüge, Maßarbeit, feinste Verarbeitung, beste Stoffe Stück 23.50 Mk.
- Einen Posten Winter-Paletots zu kaum glaublichen Preisen

E. Süsskind & Co., Rosenthalerstr. 9.

Sehenswert!

Unerreicht!

Kaum glaublich!